

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 A, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 210.

Montag, den 9. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Lage in Finnland.

Am 2. September ist, wie schon kurz gemeldet, in Helsingfors der neue finnische Reichstag zur 2. Sitzungsperiode zusammengetreten.

Finnlands Verhältnisse haben etwas Zweifelhafte — auf der einen Seite das demokratische Wahlrecht, das selbst den Frauen volle Gleichberechtigung gewährt, die starke sozialdemokratische Vertretung im Parlament, auf der anderen der russische Generalgouverneur, die drohende russische Konterrevolution. Trotz seiner sonst so demokratischen Verfassung hat das Land keine parlamentarische Regierung. Der Senat, von der Regierung in St. Petersburg aus der Zahl finnischer Bürger ernannt, ist nur dem Kaiser verantwortlich.

Eng mit Rußland verbunden, empfindet Finnland das Auf und Ab der politischen Zustände in Rußland an seinen eigenen inneren Verhältnissen. Je mächtiger die Reaktion in St. Petersburg das Haupt erhebt, umso mehr ist auch die Freiheit Finnlands bedroht.

In der Situation muß die Sozialdemokratie Finnlands ihren Kampf führen. Sie hat dem Reichstag mehrere wichtige Entwürfe unterbreitet, die sicherlich erbitterte Debatten hervorrufen werden. So z. B. die Vorlage über den Zwang zur Bodenbebauung.

In Finnland gibt es noch sehr viel unbebautes Land, aber auch viel landlose Landarbeiter. Die Sozialdemokratie will es durchsetzen, daß ackerfähiger Boden in Kultur genommen werden soll. Nun die Privatbesitzer oder der Staat das nicht selber, soll ein jeder, der willens ist, Ackerbau zu treiben, das gesetzliche Recht haben, ihn in Anbau zu nehmen, und zwar zu Pachtbedingungen, die von dazu durch allgemeine Wahlen eingesetzte kommunale Behörden festgesetzt werden sollen.

Die Landfrage ist in Finnland sehr brennend, da es Hunderttausende von Zwergpächtern gibt, die von den Bodenbesitzern schonungslos ausgebeutet werden. Außerdem befinden sich die auf 8—900 000 geschätzten Landarbeiter in einer trostlosen Lage.

Nicht wenig Kampf wird auch die Abschaffung der total veralteten Gesindeordnung erheischen, unter welcher alle obengenannten Arbeitermassen leiden. Die Sozialdemokratie verlangt die Aufhebung dieser Gesetze und die Unterstellung aller Arbeiter unter gleiche Gesetze.

Eine nationale Eigentümlichkeit des finnischen Volkes ist eine starke Abstinenzbewegung, die sehr breite Volksmassen ergriffen hat. Alle Parteien hatten in ihren Wahlprogrammen die Schaffung eines Alkoholverbotsgesetzes, d. h. es soll gesehlich verboten werden, im Lande Alkohol zu erzeugen, in Handel zu bringen oder einzuführen, es sei denn zu technischen oder medizinischen Zwecken. Etwa 170 Abgeordnete von 200 haben sich für das Alkoholverbotsgesetz ausgesprochen.

Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten sind insgesamt für das Verbotsgesetz.

Eine andere Frage, die das ganze Volk lebhaft interessiert, ist die Beikauer zur Unterhaltung des russischen Militärs — 10 Millionen Mark jährlich.

Laut finnischer Grundgesetze ist die Regierung verpflichtet, in Finnland sogenannte finnische Bataillone zu unterhalten, die finnisch kommandiert und von finnischen Offizieren befehligt werden sollen, sonst aber unter russischer Oberleitung stehen. Nur in diesen Bataillonen sind die Finnen verpflichtet, ihrer Militärpflicht nachzukommen. Als der damalige Generalgouverneur Bobrikow Ende der neunziger Jahre die Konstitution mit Füßen trat, verlangte er zugleich auch, daß die Finnen in Rußland und unter russischem Kommando ihren Militärdienst leisten sollten. Die finnischen Rekruten stellten sich jedoch nicht; Bobrikows Macht fand unübersteiglichen Widerstand. Als die Verfassung infolge der Oktoberrevolution 1905 wieder eingeführt wurde, traf die russische Regierung mit dem damaligen Senat die zeitweilige Abmachung, daß Finnland vorläufig seine Militärpflicht mit 10 Millionen Mark jährlich ablösen sollte. Die oppositionellen Parteien sind aber entschieden dagegen.

Die Entscheidung dieser Frage wird mit Recht als der Probierstein der Volksvertretung angesehen. Andere wichtige Gesetze, die unsere Genossen zu vertreten und zu verteidigen haben, betreffen die Erweiterung der Konstitution und der Volksrechte. Diese Entwürfe enthalten die folgenden Forderungen: Die Rechte der Volksvertretung sollen erweitert werden, damit sie eine selbständige gesetzgebende Institution werde. Der Senat soll der Majorität der Volksvertretung angehören und ihr verantwortlich sein.

Das Wahlrecht soll allen 21 Jahre alten Einwohnern verliehen werden. (Jetzt ist das Wahlalter 24 Jahre.) Die Abstimmung in der Volksvertretung soll eine offene

sein. (Sonst kann es passieren, daß die bürgerlichen Parteien sich öffentlich für irgend eine Forderung erklären, in der geheimen Abstimmung jedoch dagegen stimmen, wie es im alten Ständetag bereits bei Alkoholeinschränkungs-gesetzen geschehen ist.)

Die Rede-, Presse- und Koalitionsfreiheiten sollen für unangefastet erklärt werden.

Für die Kommunalwahlen sollen alle 20 Jahre alten Einwohner beiderlei Geschlechts das allgemeine, gleiche und direkte aktive und passive Wahlrecht erhalten.

Während das Volk sich nach der Bobrikowschen Herrschaft und der ihr folgenden Revolution einem natürlichen Ruhebedürfnis hingibt — in der vertrauensvollen Erwartung, daß die Volksvertretung jetzt das Ihrige tun wird, rüstet sich die Regierung zur Reaktion, und nicht allein die russische in Petersburg, sondern auch die finnische in Helsingfors.

Um den russischen Emigranten den Aufenthalt in Finnland unmöglich zu machen, sind die Passverordnungen von Zeit zu Zeit immer engherziger gestaltet worden. Gegenwärtig residiert die Helsingforser Polizei die Pässe mindestens so sorgfältig wie ihre Kollegin an der Newa. Man verlangt von den Einwohnern die schriftliche Beantwortung von allerlei Fragen; unter anderen auch, zu welcher Kirchengemeinde man gehört. Soweit hat sich selbst die russische Polizei noch nicht verstiegen! Die aus Esthland nach Finnland emigrierten und ausgewiesenen esthnischen Arbeiter haben unter dieser Paßkontrolle besonders zu leiden. Einige hat die Polizei bereits Rußlands Gefängnissen ausgeliefert, einen sogar zum Selbstmord getrieben!

Die Polizei, die nach der Oktoberrevolution eine demokratische Ordnungsinstitution war, ist jetzt zu einem Unterdrückungsinstrument des Kapitalismus geworden.

Über die Koalitionsfreiheit belehrt die Landesregierung die Polizei und die Bevölkerung, daß dieses Recht in Finnland nur den finnischen Bürgern zukommt. Versammlungen und Vereinigungen, an denen sich Fremde beteiligen, sind als nicht erlaubt zu betrachten und aufzulösen. Daraufhin wurde in Helsingfors auch ein Verein russischer Arbeiter verboten. Anscheinend versucht die Regierung, auf diese Weise den Kapitalisten eine widerstandsunfähige Arbeiterschaft zu schaffen, die — des Rechts der Organisation und der Koalition beraubt — sich wehrlos ausbeuten lassen muß.

Dem Geiste der Regierungen in Petersburg und in Helsingfors folgend, reichte die Verwaltung der finnischen Staatsbahnen beim Senat das Gesuch ein, die Regierung möchte die Gewerkschaft der Eisenbahner verbieten und auflösen, wie sie vor einem Jahre die Rote Garde aufgelöst hat. Die Entscheidung steht noch aus. Es werden gegenwärtig im ganzen Lande Protestversammlungen abgehalten. Man sieht in diesen Bestrebungen den Anfang planmäßiger Versuche, die Arbeiterbewegung zu erdroffen.

Als der Generalgouverneur v. Gerard Anfang Juli auf zwei Monate Urlaub bekam und der General v. Bockmann, der als der erfolgreiche Pazifikator Kurlands blutbedudelt nach Finnland kam, sein Stellvertreter wurde, hieß es, daß Gerard nicht mehr zurückkäme, und daß v. Bockmann als Bobrikow II. die Reaktion hier schärfer einleiten werde. Die mächtigen Organe der „wahrhaft russischen Leute“ verlangen das unablässig! Nun heißt es jedoch, daß Gerard doch zurückkehrt, aber mit bestimmten scharfen Anweisungen, namentlich gegen die Volksvertretung. Jedenfalls wird man sie gezwungen zu machen suchen. Bockmann hat seine Macht nur dazu ausgenutzt, um aus Rußland für die finnischen Kapitalisten — Streikbrecher zu verschreiben! Außerdem beendete er soeben in der Nähe Helsingfors ein Truppenmanöver, das in Helsingfors selbst den Schlupfakt fand, um den Finnen russische Gewehre, Kosaken und Kanonen zu zeigen und ihnen Furcht einzujagen. — Inbesverlie das Kriegsspiel recht jammervoll und endete in der Sucht von Helsingfors mit der Kollision zweier aus dem ostasiatischen Kriege übriggebliebenen Kriegsschiffe.

Die Lage in Finnland ist also nicht sicherer als in Rußland. Die finnische Bourgeoisie will es aber nicht einsehen, daß nur die siegreiche Revolution in Rußland auch Finnlands Sicherheit garantieren kann; sie glaubt am klügsten zu tun, wenn sie den Forderungen Stolppins nach Möglichkeit entgegenkommt und ihre Angelegenheiten nach den Wünschen von Petersburg zu ordnen sucht. Sie wird es bitter zu bereuen haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Sichtigen der Volksverräter.

Um sich bei ihren Vereinbarungen über den volksverräterischen Kuhhandel in Sachen des preussischen Wahl-

rechts der Kontrolle zu entziehen, wird der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei bekanntlich hinter verschlossenen Türen verhandelt!

Dafür sollen dann die freisinnigen Wähler durch allerlei Festamtam entschädigt werden.

Die Festlegung der politischen Taktik erfolgt im Konklave, akkurat wie bei einer Papstwahl!

Und das, obgleich diesmal die denkbar wichtigsten Entscheidungen fallen müssen, obgleich es sich um das Wahlrecht für Preußen handelt! Das nennt sich dann freisinnige „Volkspartei“!

Das liberale „Stimmvieh“ wird dafür mit einer langen Reihe von Festveranstaltungen abgefüttert. Das Programm dazu lautet:

1. Donnerstag, den 12. September, abends 9 Uhr: Begrüßung der Delegierten im großen Konzertsaal der Philharmonie, Bernburgerstr. 22/23.

2. Freitag, den 13. September, abends 8 Uhr: Festkommers im großen Konzertsaal der Philharmonie. Zu diesen beiden Veranstaltungen sind Einladungen in beschränkter Anzahl für die Vereinsmitglieder zu haben. (Selbst hieran dürfen also nur die Bevorzugten teilnehmen!)

4. Sonntag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr: Festmahl im Hauptrestaurant der großen Berliner Kunstausstellung, Eingang Straße Alt-Moabit, gegenüber der Lüneburgerstraße. Der Preis für das Kupert ohne Wein beträgt 6 Mark pro Person.

5. Montag, den 16. September, vormittags: Gemeinsamer Ausflug mit Damen nach Potsdam. Nähere Angaben werden noch veröffentlicht.

Für den gemeinsamen Theaterbesuch der Delegierten stellen wir für Sonnabend, den 14. September, Billets zu ermäßigten Preisen für folgende Theater zur Verfügung: Thalia-Theater, Parkett-Hauteuil 2 Mk. (Sechshör-Dunkel). Lustspielhaus, Parkett-Hauteuil 2 Mk. (Sülfarenfieber). Komische Oper, Parkett-Hauteuil und erster Rang 3 Mk. (Hoffmanns Erzählungen). Billets sind zu haben im Bureau des Lokalkomitees, Zimmerstr. 8.

All diese erlesenen Genüsse sind nur für Leute mit gepicktem Portemonnaie. Das minderbegüterte freisinnige Publikum darf vor dem Portal die Finger danach lecken.

Aber ein Genuß ist doch auch den Allzuvielen vorbehalten.

Es heißt in dem Prospekt nämlich:

3. Sonntag, den 15. September, mittags 12 Uhr: Große freisinnige Volksversammlung im Zirkus Busch.

Die Eröffnung erfolgt Punkt 12 Uhr. Es ist dringend erforderlich, daß die Teilnehmer bereits um 11½ Uhr zur Stelle sind.

Ob in dieser freisinnigen Volksversammlung wenigstens den eigenen Parteimitgliedern freie Diskussion zugelassen wird? Ob dort also Herr Traeger seine Ansichten vertreten darf? Und ob die Hirsch-Dunkerschen Arbeiter dort mit den „alten Weibern“ und „fatten Gesellen“ ein kräftiges Wörtlein sprechen werden?

Es scheint freilich, als ob man auch diese „Volksversammlung“ im Stile der Zentrumsparaden gestalten wolle. Heißt es doch in dem offiziellen Zirkular:

„Diese Versammlung soll eine machtvolle Kundgebung des freisinnigen Bürgertums werden. Die Führer der freisinnigen Volkspartei im Reichstage, im preussischen Abgeordnetenhaus und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die Referate übernommen. Wir richten daher an unsere verehrten Mitglieder und Freunde das dringende Ersuchen, an dieser Versammlung unbedingt nicht nur selbst teilzunehmen, sondern auch Parteigenossen mitzubringen. Es ist eine Ehrenpflicht der Parteifreunde aus Groß-Berlin, dafür zu sorgen, daß diese Kundgebung, der die parlamentarischen Vertreter der Partei und sämtliche Delegierte des Parteitages beizumohnen werden, kräftiges Zeugnis ablegt von der Verbreitung freisinniger Ideen in der Reichshauptstadt.“

An Referenten ist also wirklich kein Mangel! Wie in einem Variete werden der Versammlung die renommiertesten Spezialitäten in bunter Reihe vorgeführt werden!

Aber ob die Wähler selbst zum Worte kommen werden?

Wir werden es ja erleben!

„Liberale Pflicht.“

Unter diesem Titel hat, wie das „Berl. Tageblatt“ berichtet, Pastor Richard Schmidt in Masson, den das „Berl. Tagebl.“ als erprobten „Borkämpfer des liberalen Gedankens“ vorstellt, eine „Flugschrift“ erscheinen lassen, in welcher er den freisinnigen Blockenthusiasten,

einige unangenehme Wahrheiten sagt. Er schreibt unter anderem:

„Meine geehrten Herren! Sie sind nicht dazu in den Reichstag gewählt worden, damit Sie dem Reichskanzler, der schon an und für sich die Salonherzen die schwierigsten Fragen erledigt, das Leben leicht machen. Sie sind nicht dazu da, daß Sie einer konservativen Regierung von einer Session in die andere leicht hinüberhelfen. Wir Liberalen im Lande haben das Vertrauen zu Ihnen, daß sich die Freude an dem hampelmannähnlichen Wilde, genannt konservativ-liberale Paarung, bei Ihnen nicht allzusehr festsetzt, so daß Sie sich an das Bild gewöhnen. Wir haben die Zuversicht, daß Sie nun endlich einmal der Regierung unbehaglich werden und auch solche Forderungen stellen, deren Erfüllung nur gegen die Stimmen der Konservativen erfolgen kann. Die ganze Paarung ist unsinnig, wenigstens wir dem Zitatensüßler den Ruhm nicht neiden wollen, durch seinen Wutwort ein Kunststück vollbracht zu haben, indem er zwei Gegenätze zu einer, wenn auch lächerlichen Einheit zitierte.“

Wenn die „Liberalen im Lande“ alle so dächten, dann würde ja wohl den zaudernden Abgeordneten etwas unfaßlich nachgeholfen werden. Aber das Vertrauen des Herrn Pastors und der ihm gleichgesinnten Liberalen zeigt, daß sie die freisinnigen Brenner und Blockbrecher noch immer nicht richtig einschätzen. Aber sie schätzen auch sich selbst nicht richtig ein. Das lehrt eine Darstellung, die Pastor Schmidt von den politischen Verhältnissen auf dem Lande in Hinterpommern gibt. Er sagt darüber:

„Wir dürfen uns nicht dadurch täuschen lassen, daß auf dem flachen Lande konservativ gewählt wird. Diese Täuschung wollen wir den Konservativen überlassen, die sich bei uns in Pommern so gebärden, als gehörten ihnen kraft heiligen Rechtsanspruchs alle Stimmen der ländlichen Wähler, und es für eine grobe Unwahrheit erklären, wenn man sagt, es gebe in den Dörfern viele liberale Leute. Ich behaupte: Die Landbewohner sind fünf Jahre hindurch liberal gesinnt und dann einen Tag konservativ. Sie halten eben der verschämten und zugleich handfesten konservativen Agitation nicht stand, weil sie sich selbst noch nicht klar sind über das, was sie wollen. Sie werden über ihre politische liberale Gesinnung durch die konservativen hinweggerauscht, indem letztere sich den Anchein geben, als wären sie allein die Religiösen, sie allein die Nationalen, sie allein die Freunde der Landwirtschaft.“

Schmidt empfiehlt deshalb für die Agitation auf dem Lande, klar auszusprechen, daß die Konservativen um ihrer eigenen größeren Freiheit willen reaktionär sind, weil sie die Freiheiten und Rechte nur für sich, nicht für die breite Masse des Volkes wollen. Das letztere ist unzweifelhaft richtig, und es liegt auch mehr als ein Körnchen Wahrheit darin, daß die Landbewohner, obwohl sie konservativ wählen, nicht konservativ sind. Um sie aus den Klauen der Konservativen zu reißen, muß man sich um sie kümmern, ihnen näher zu kommen suchen, und zwar nicht nur kurz vor den Wahlen, sondern unausgesetzt mit ihnen in Verkehr zu treten suchen. Das hat die Sozialdemokratie getan, wo sie konnte; sie hat dabei jedoch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, deren Überwindung den Liberalen viel leichter wäre als uns, weil jene schon jetzt überall auf dem Lande persönlichen Anhalt haben, den wir erst mit schweren Mühen in der gebürdeten Klasse auf dem Lande anschaufen müssen. In der Tat hätte der Liberalismus hierin viel mehr tun und den Konservativen auf dem Lande erheblichen Abbruch tun können. Das erfordert aber zähe, ausdauernde Aufklärungsarbeit, die nur eine Partei zu leisten vermag, die noch politische Ideale hat. Diese sind aber dem deutschen Liberalismus längst abhanden gekommen, und die wenigen jüngeren Elemente, die es mit dem Liberalismus empfinden, fallen nicht sehr ins Gewicht. Wer es aber selbst mit seinen politischen Grundbegriffen nicht sonderlich ernst nimmt, wer selbst nur mit Unterbrechungen daran zu denken vermag, daß seine Grundbegriffe praktisch verwirklicht werden könnten, wie es die frühmorgigen „Staatsmänner“ und „Ritter vom Himmelstuch“ tun, der kann nicht große Verheißungserwartungen für diese Grundbegriffe begründen und sie nicht machen gegen konservativen Einflüsse.

Der Ruf zur Einheit wird deshalb auch wohl ohne sonderliche Wirkung verhallen.

Liberaler Arbeitgeberpartei und sozialdemokratische Arbeiterpartei!

Die Frankfurter Zeitung geht neuerlich zu dem Blättern, die uns die „Landwörter“, „sozialpolitischen“ Gewerkschaften gegen die „konservativen“, „antibörsen“ Politiker hinsichtlich der Sozialdemokratie ausgesprochen haben. Der Sieg der Gewerkschaften werde, so vertritt die Frankfurter „Antibörsen“-Blatt immer wieder zur Erläuterung der Sozialdemokratie, zu ihrer Fortentwicklung zu einer demokratischen Arbeiterpartei führen.

So ging das Jahre hindurch. Aber die beide Gewerkschaften kann und andere Herrn nicht für die weitestgehenden Politiker gegen die antipolitischen Gewerkschaften an.

Wohin in einer Session Wahlerversammlung eine Unternehmung, der ich meine sozialdemokratischen Unternehmungen angeschlossen habe, aus der Partei ausgeschieden werden soll, in die „Frankf. Ztg.“ unglücklich der Lande gemeldet, daß nicht die antipolitischen Politiker, sondern die sozialpolitischen Gewerkschaften die allgemeine Größe für die sozialdemokratische Partei bekommen. Sie schreiben:

Der Sozialdemokratie gehen eine ziemliche Anzahl kleiner Arbeiterparteien aus ihnen aus der Ausschließung zu denken geben, und wobei Arbeiterparteien nicht in jeder mehr oder weniger. Aber kann sagt so ganz das sozialdemokratische Wort, weil der Sozialdemokratie, daß sie oft und mehr nur bloße Arbeiterparteien sind. Sie können nur Arbeiterparteien werden, so lange in der die politischen Elemente über die gesamte sozialdemokratische Dominanz: sie würde es nicht, weil sie ihre allgemeine Politik nicht durchsetzen können. Es ist aber klar, daß die Gewerkschaften im der Sozialdemokratie die Führung bekommen, kann sie gar nicht nicht selbst als die

Interessen der industriellen Arbeiterschaft mehr und mehr zu ihren alleinigen zu machen... Die Sozialdemokratie wird eine bloße Arbeiterpartei. Daraus ergibt sich, welche große Aufgabe der Liberalismus, den die Sozialdemokratie ablösen wollte, behalten hat.“

Es ist wirklich schwer, es den demokratischen Sozialphilosophen recht zu machen!

Der Liberalismus soll nun also alle Arbeitgeber gegen die zur „bloßen Arbeiterpartei“ gewordene, gewerkschaftlich beherrschte Arbeiterpartei sammeln!

Wir wünschen dem Liberalismus viel Glück dazu. Um so leichter wird es der Sozialdemokratie sein, die Arbeiter ihren Reihen einzugliedern!

Des Reichskanzlers allergeheuerste Opposition.

Reichstagsabgeordneter Payer, von der Deutschen Volkspartei, ist in Nordern eingetroffen, hatte eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler und war darauf, zusammen mit dem Abg. Schmidt-Elsfeld, Tischgast des Fürsten und der Fürstin Bülow. — Wir zweifeln nicht, daß Bülow seine Gäste schon gehörig einspeisen wird.

Eine internationale Ausstellung

für Unfallversicherung, Gewerbehygiene und Arbeiterwohlstand wurde am gestrigen Sonntag in Budapest eröffnet. Die Mehrzahl der europäischen Staaten sind an dieser Ausstellung beteiligt, den größten Raum nimmt die deutsche Abteilung ein, in der das Reichsversicherungsamt, die Berufsgenossenschaften usw. vertreten sind. Der Vollständigkeit halber hätte man das in Deutschland beliebte System der Rentenversicherung, der Vertrauensärzte zc. gleichfalls bildlich zur Darstellung bringen müssen, damit die fremden Staaten sehen, wie es mit der so sehr gepriesenen Arbeiterfürsorge in Deutschland in der Praxis bestellt ist.

Das Plenum der Friedenskonferenz

nahm den Entwurf, betreffend Eröffnung der Feindseligkeiten und den Entwurf über die Rechte und Pflichten der neutralen Staaten zu Lande an und verwies den Entwurf, betreffend die Behandlung neutraler Personen im Gebiete der Kriegführenden, der von dem deutschen Delegierten, Herrn v. Marschall, bekämpft wurde, auf Antrag des letzteren mit allen gegen drei Stimmen an die Landkriegskommission zurück.

Die Scharfmacher und der Essener Parteitag.

Die Herren vom Schleißein sind mächtig darüber erbost, daß der diesjährige Parteitag inmitten des Herrscherreiches der rheinischen Großindustriellen stattfindet. Zu wiederholten Malen haben sie schon ihrem Unmut Ausdruck verliehen und, wie bekannt, auf Pläne gesonnen, die Tagung zu hintertreiben. Jetzt sehen sie jedenfalls ein, daß alle Treibereien erfolglos bleiben und so suchen sie ihren Jorn in Drohungen zu erfüllen. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt in ihrer neuesten Nummer:

„Wie man sieht, so wird man ernten! Und wer Wind sät, wird Sturm ernten! Solcher Sätzen liegt die sozialdemokratische Partei mit nie ermüdendem Eifer ob. Schon beschäftigt man sich, nachdem kaum die große Luwelei“ in Stuttgart (wie die anarchistisch-sozialistische Presse rekräftiger Weise die Weltparade des internationalen Proletariats genannt hat) vorüber ist, mit den Vorbereitungen für den Parteitag, der in diesem Jahre im Zentrum der deutschen Großindustrie, in Essen stattfinden soll, womit natürlich nichts bezweckt ist, als eine Verhöhnung der Arbeitgeber, denen man sagen will, wir setzen uns in euer eigenes Haus, um darüber zu beraten, wie wir es in Brand stecken können!“

Man kann den Jorn der Scharfmacher begreifen, aber ihn leider nicht mildern. Daß die ganze Stadt Essen aber von den Scharfmachern als „eigenes Haus“ bezeichnet wird, zeigt gerade nicht von großer Weisheit. Und was schließlich das „Wind sät und Sturm ernten“ anbelangt, so wird die organisierte Arbeiterschaft sich darüber keine bösen Gedanken machen, denn sie hat schon manden schweren Sturm glücklich und siegreich überstanden. Wenn die Andeutungen des Scharfmacherblattes einen Sinn haben sollen, so kann es doch höchstens der sein, daß das Unternehmertum einen wirtschaftlichen Gemwaltstreik im Schilde führt. Das wäre aber die richtige Methode, auch den Sozialdemokraten schand zu machen.

Rußland.

Unerwartete Pogromhelden. In Odessa kamen die Ausschreitungen der schwarzen Banden fort. Am Donnerstag wurde ein Rädelsführer beim Überfall auf ein jüdisches Haus verhaftet, jedoch nach väterlicher Ermahnung durch den Generalgouverneur wieder freigelassen.

Der Pogrom in Odeja. Die Börse ist anlässlich des Pogroms noch geschlossen. Die Regierungen gegen die Juden dauern immer noch an. Die Kaufmannschaft glaubt an den Versicherungen der jetzigen Behörden nicht; sie erwarten die Rückkehr des neuernannten Stadthauptmanns Kowalew, der dieser Tage persönlich von Statybin Intentionen erhebt. Der Verband der echten Russen fährt fort, Schritte gegen die Juden zu verbreiten, in denen zu Maßnahmen angefordert und vorgeschlagen wird, die Juden, die Bösen und Böse behalten wollen, sollten sich mit ihren Lehren und Rabbinern in der Synagoge versammeln, hier alle Revolutionen und die jüdische Intelligenz verdrängen, sowie alle Schwärmer für die Gleichberechtigung verjagen und einen Bund der Juden zur unbegrenzten Erhaltung der Selbstherrlichkeit des Jorns bilden. — Die Furcht der Juden vor den Pogromen ist in der Tat alles höher gegangen.

Die Regierung im Kampf gegen die „sozialdemokratische Gefahr“. Der Beschluß der sozialdemokratischen Partei, an dem Dummwahlen teilzunehmen, und die unglücklichen Wahlverhältnisse in den Parteiorganisationen haben das Kabinett des Jorns, das mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eine „gezügelt“ Duma hervorzubringen will, in rege Unruhe versetzt. Wie verschiedene Erörterungen berichten, werden gegenwärtig im Ministerium des Innern Anskünfte über die sozialdemokratischen Organisationsen gesammelt, welche sich für

Wahlbeteiligung ausgesprochen haben. Dieses „Anskünfte sammeln“ erscheint verständlich, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Sozialdemokratie schon in der zweiten Duma der Regierung ein Dorn im Auge war. Die Regierung selbst hat dies unvorsichtigerweise anerkannt, indem sie gegen die Fraktion die berüchtigte Verschwörungsanklage erhob, welche sogar von den kadetischen Juristen als ungeschickt zusammengesticktes Machwerk bezeichnet wurde. Während der Vorarbeiten zur Auflösung der zweiten Duma, in der die sozialdemokratische Fraktion allein der Regierung unversöhnlich im Wege stand, suchte die Regierung aus dem Wahlgesetz alles zu entfernen, was der Sozialdemokratie die Möglichkeit bieten konnte, auch in die dritte Duma einzudringen. Es verdient der Beachtung, daß die Regierung bei der Beschränkung des Wahlrechts der Grenzgebiete nach der treffenden Bemerkung des Genossen Mariow hauptsächlich dieses Ziel im Auge hatte. So verliert der Kaukasus, der 10 Sozialdemokraten in die zweite Duma entsandte, 20 Mandate von seinen früheren 29; Zentralasien, das 7 Sozialdemokraten in die Duma wählte, entsendet nun statt 23 Abgeordnete bloß einen einzigen; Sibirien, das 2 sozialdemokratische Vertreter in der Duma hatte und bei den Ergänzungswahlen noch 2 entsendet hätte, büßt nun ein Drittel seiner Mandate ein. Ebenso ergeht es den 4 Gouvernements des Uralgebietes. Bloß in Polen suchte die Regierung durch die Herabsetzung der Abgeordnetenzahl einen anderen politischen Feind als die Sozialdemokratie zu treffen — die nationaldemokratische Partei. Die Wahlentziehung der Arbeiter in Moskau und Kiew verfolgt natürlich denselben Zweck, wie die Entziehung der erstgenannten Grenzgebiete. Der Staatsstreich vom 17. Juni verfolgte den Zweck, das russische Proletariat wiederum in die engen Rahmen der „unterirdischen“ Organisation zu verweisen; doch so leicht wird es der Reaktion nicht, dieses heimtückische Vorhaben auszuführen. Die Sozialdemokratie hat beschlossen, an der Wahlkampagne teilzunehmen. Gegenwärtig gehen die sozialdemokratischen Organisationen mit verdoppelter Energie an die Vorarbeiten für die Wahlen. Wo es nur möglich ist, werden Versammlungen abgehalten, zentrale und Bezirkswahlbüros gegründet, Flugblätter verbreitet und sonstige Mittel ergriffen, um gegen den Indifferentismus in den Arbeiterkreisen anzukämpfen. Und obwohl die Regierung durch „Sammeln neuer Anskünfte“ darauf antwortet, am ev. durch „Erläuterungen“ oder einfach durch Verhaftungen das ohnehin schändlich beschnittene Wahlgesetz zu „verbessern“, dienen die Beschlüsse der Sozialdemokratie, sich an den Wahlen zu beteiligen, und die mit verstärkter Energie betriebenen Vorarbeiten für die Wahlen als Bürge, daß das Proletariat, allen Verfolgungen zum Trotz, auch in der dritten Duma seine Vertreter haben wird, die die mutige Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma fortsetzen werden.

„Pressfreiheit.“ Am 2. September wurden plötzlich alle jüdischen Zeitungen in Wilna polizeilich geschlossen, darunter die „Volkszeitung“, die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Rußland, die allen Verfolgungen zum Trotz bisher herausgegeben wurde. Jetzt ist sie auch der russischen „Pressfreiheit“ zum Opfer gefallen.

Frankreich.

Saures und der Antimilitarismus. In einer Auslassung über den Stuttgarter Kongreß kritisierte Saures den Antimilitarismus Heros. Er sei unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Völker. Saures forderte die französischen Sozialisten auf, sich zu organisieren und nach den in Stuttgart aufgestellten Grundfragen zu handeln.

Marokko.

Ein Waffenstillstand von 48 Stunden ist zwischen den Kabulen und dem französischen General Druce auf Veranlassung der ersteren abgeschlossen worden. Wie der „Matin“ aus Casablanca meldet, erteilte General Druce dem mit ihm wegen des Waffenstillstandes verhandelnden Scheik el Maici die Antwort, daß er, ohne sich in seiner Aktionsfreiheit für die Folge binden zu wollen, die Offensive während der nächsten Tage nicht ergreifen werde, wenn die Besprechungen aufrichtig gemeint und geeignet seien, den Feindseligkeiten ein Ende zu machen.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Tanger gemeldet: Mohammed Kafs, der Bruder des Finanzministers, wurde vom Sultan Abdul Aziz nach Tanger gesandt, um die Mächte um militärische Unterstützung gegen Mulen Hafid zu bitten; er ist zu den weitestgehenden Zugeständnissen bevollmächtigt. Ein einflußreicher Reide in der Nähe von Fez bot Mulen Hafid 1000 Reiter an, um den Marsch nach Rabat, Mekinez und Fez zu ermöglichen. Abdul Aziz entsandte den Scherif Wafan zu dem Reide, um ihn umzustimmen.

Nach weiteren vorliegenden Meldungen ist der in Casablanca vereinbarte Waffenstillstand resultatlos abgelaufen.

Aus Südbek und Nachbargebieten.

Montag, den 9. September.

In sämtlichen Baubranchen ist der Zug nach Siedlung fernzuhalten. Die Kieler Scharfmachervereinigung hat den Arbeitsmarkt im gesamten Bau- und Holzgewerbe gesperrt und bereitet eine Generalausparung vor.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, den 16. Septbr. 1907, vormittags 10 Uhr, im Bürgerchaftssaale des Rathhauses statt.

Volksschule und Zahnpflege. Der Vorstand des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege beabsichtigt auf der 9. Jahresversammlung in Darmstadt die Frage der Zahnpflege zur Diskussion zu stellen, vom Standpunkte des Arztes, des Schulmannes und des Verwaltungsbeamten gründlich zu beleuchten und nach allen Seiten hin zu klären. Hierzu sind folgende Vorträge aufgestellt: 1. Die Zahntätigkeit ist die heute verbreitetste Volkskrankheit; sie schädigt die Entwicklung des Kindes, beeinflusst die Schul- und Militärtätigkeit und begünstigt die Infektionskrankheiten. 2. Ihre Bekämpfung ist notwendig und ohne zu große Belastung der Gemeinde möglich. 3. Neben der Aufklärung in der Schule und in den Lehrerbildungsanstalten wird als Endziel die

zahnärztliche Behandlung der Volksschulkinder, die der un-
 bemittelten auf Kosten der Gemeinde, erstreckt. 4. In großen
 Städten sind, den Schulärzten koordiniert, Schulzahnärzte
 im Hauptamt, in kleineren Städten im Nebenamt anzustellen.
 Landkreise vereinigen sich und besolden den Schulzahnarzt
 im Hauptamt gemeinsam. 5. Die systematische Behandlung
 der Volksschulkinder ist nur in der städtischen Schulzahnklinik
 möglich. 6. Allen Veranstaltungen für Ferienkolonien,
 Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Kleinkinderschulen,
 Waldschulen, Rettungs-, Erziehungs- und Waisenhäusern
 kann nicht dringend genug empfohlen werden, nur Kinder
 mit gesundem Mund aufzunehmen oder doch auf einer so-
 fortigen Behandlung des kranken Mundes zu bestehen. Auch
 die Hilfsschule kann ihre Ziele nur durch ein Zusammen-
 arbeiten mit der Schulzahnklinik völlig erreichen. 7. Die
 systematisch durchgeführte zahnärztliche Behandlung aller
 Volksschulkinder ist ein wesentliches Hilfsmittel zur Be-
 kämpfung der Infektionskrankheiten und zur Verhütung der
 Tuberkulose. Die rationell betriebene Schulzahnklinik ist
 deshalb eine zweckmäßige Anstalt, der Tuberkulose vorzu-
 beugen und sie zu bekämpfen. 8. Der Erfolg der Schul-
 zahnklinik für das Kind ist sofort, der für die Allgemeinheit
 in wenigen Jahren nachweisbar.

Handelsregister. Am 6. September 1907 ist bei der
 offenen Handelsgesellschaft unter der Firma H. C. Koch in
 Lübeck eingetragen: Der persönlich haftende Gesellschafter
 Kaufmann G. H. G. Görz in Lübeck ist am 2. September
 1907 aus der Gesellschaft ausgeschieden und am selben Tage
 der Kaufmann W. H. A. Bong-Schmidt in Lübeck als per-
 sönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten.

Wahl. Von der Gemeindevorstellung in Strecknig
 ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen
 Hofpächters Hans Karl Gustav Schütt der Hofpächter Ernst
 Friedrich Carl Borchert zum Vorsitzenden des Gemeindevor-
 standes auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren er-
 wählt worden.

Zum Unfall des Dampfers „Lübeck“ wird noch gemel-
 det, daß der Dampfer infolge Grundstoßes leck geworden ist,
 und nicht leck gesprungen ist. Der Dampfer ist nach dem
 Grundstoß ohne fremde Hilfe wieder abgekommen, mußte
 aber, um ein Sinken zu vermeiden, bei Ranneberg, Stawan-
 ger Höhe, auf Sandboden geleht werden. Ein Taucher
 berichtet, daß es unmöglich ist, den Schaden zu konstatieren,
 da das Schiff schwer auf Grund steht. Der Dampfer hat
 wahrscheinlich ein bedeutendes Loch im Hinterraum. Für
 die Besatzung des Dampfers besteht keinerlei Gefahr. Ex-
 pert der Versicherung und Vertreter der Reederei sind von
 Bergen nach der Unfallstelle abgereist.

Ein Schadenfeuer äscherte in der verfloffenen Nacht
 gegen 1 Uhr in Wulfsdorf die Scheune des Eigentümers
 Bollow total ein. Ein Ferkel und eine Mähmaschine
 verbrannten mit; das übrige lebende und tote Inventar
 konnte gerettet werden. Die Löschrichtungen scheinen in
 Wulfsdorf gerade nicht zum besten bestellt zu sein, denn erst
 eine Stunde nach Ausbruch des Brandes rückte die Spritze
 heran. Wie es heißt, hat man keinen Spritzenmeister und
 keine Leute bekommen können. Netze Zustände!

pb. Festgenommen wurde ein Schuhmacherlehrling von
 hier, der am Sonnabend mittag, den 8. d. M., ein vor einer
 Wirtshaus der Fackelburger Allee stehendes Fahrrad sich
 rechtswidrig angeeignet hatte.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt
 man uns: Für Dienstag ist eine Neueinstudierung des Lust-
 spiels „Nur eine Käte“ von Davies vorgenommen wor-
 den. Die letzte Woche der diesjährigen Sommerzeit
 bringt noch am Mittwoch die heitere Gefangenspoße von
 Mannstädt „Der Stabsstrompeter“, Donnerstag das
 Lustspiel „Im bunten Rock“.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Auch noch die
 letzte Woche dieser Spielzeit bringt eine interessante Neuein-
 studierung. Hermann Sudermanns „Schmetterlingsschlacht“
 geht Dienstag in Szene. Mittwoch ist eine
 Wiederholung der am Sonntag mit so großem Beifall auf-
 genommenen Doppel-Vorstellung vorgesehen. Die beiden
 Molière'schen Lustspiele „Der eingebildete Kranke“
 und „Der Geizige“ werden nochmals in derselben Be-
 legung aufgeführt.

r. Schwartau. Parteiversammlung. In der
 letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen
 Vereines wurde, nachdem der Bericht vom Parteitag in
 Altona entgegengenommen war, der Beschluß gefaßt, am
 Orte diese Parteibibliothek zu errichten. Es wird
 durch diesen Beschluß einem seit langer Zeit schon
 vorhandenen Bedürfnis abgeholfen. In der Diskussion wurde
 der Meinung Ausdruck verliehen, daß zu diesem den Wissens-
 drang der Genossen Rechnung tragenden Werke auch die Ge-
 werkschaften und Arbeitervereine ihr Scherlein beitragen
 mögen.

r. Katekan. Parteiversammlung. Die gestern
 abend in Witwe Kopp's Lokal stattgefundene Parteiver-
 sammlung hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu
 erfreuen. Der hiesige sozialdemokratische Ortsverein ent-
 wickelt sich sehr gut. Beträgt doch die Mitgliederzahl be-
 reits 80. Nachdem der erste Punkt, Aufnahme neuer Mit-
 glieder, erledigt war, erstattete Genosse Zeidler Bericht über
 die Verhandlungen des Provinzialparteitags in Altona. Die Aus-
 führungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Alsdann
 forderte der Vorsitzende, Genosse Zietge, die Anwesenden auf,
 soweit sie noch nicht die Staatsangehörigkeit besitzen, diese zu
 erwerben. Eine ganze Anzahl Genossen erklärte sich hierzu
 bereit. Ferner machte der Vorsitzende die Anwesenden darauf
 aufmerksam, daß zum 1. Oktober eine Agitation für die Presse
 stattfindet und wird auch von den Katekanern Arbeitern
 erwartet, daß sie endlich Abonnent derjenigen Zeitung wer-
 den, welche allein ihre Interessen vertritt, und das ist der
 „Lübecker Volksbote“. Wir wünschen den Genossen in Ka-
 tekan zu der Entwicklung ihrer Organisation auch ferner
 Glück; mögen sie durch zähe Ausdauer in der Agitation be-
 weisen, daß es ihnen ernst ist, mitzuarbeiten am Befreiungs-
 werke des Proletariats.

Schwienkähnen. Über Leutenot jammern gegen-
 wärtig die Landwirte, weil es ihnen nicht gelingt, in diesem
 Jahre Soldaten als Landarbeiter zu erhalten. Die Ernte ist
 zu weit zurück und die Soldaten befinden sich im Manöver.
 Von einer Leutenot auf dem Lande kann aber gar keine
 Rede sein. Mögen die Herren Landwirte den Arbeitern nur
 eine menschenwürdige Behandlung und eine angemessene Be-
 zahlung garantieren, dann können sie Leute in Hülle und
 Fülle bekommen. Für 15 bis 18 Groschen täglich wollen die
 Arbeiter allerdings nicht mehr von morgens früh bis abends
 spät ackern. Sie haben erkannt, daß sie als Menschen
 berechtigt sind, Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein
 zu erheben.

Samburg. Der Hafenbetriebsverein und
 die Hafenarbeiter. Sonnabend morgen tagte eine
 Generalversammlung des Hafenbetriebsvereines unter Vorsitz
 des Reeders Gellert im Börsensaal. Zunächst wurde über
 die Schleppschiffahrts-Gesellschaften verhandelt. Die Loh-
 erhöhung, die den Schiffern und Maschinenführern der Klein-
 schiffsbetriebe gemacht wurden, sind genehmigt worden. Die
 bei den Firmen Tiedemann, Raus u. Blohm, Petersen u.
 Ullers und Schrader u. Wrede angestellten Leute sollen keine
 Lohnserhöhung erhalten. Dann wurde ein neuer Lohn-
 tarif festgelegt, über den mit den Schauerleuten
 verhandelt werden soll. Es soll nur auf Grund dieses neuen
 Tarifs verhandelt, „berechtigende Wünsche“ sollen aber berück-
 sichtigt werden. Wann eine solche Verhandlung stattfinden
 soll, ist noch nicht festgesetzt.

Wandsbek. Eine grauenvolle Tat wurde Sonn-
 abend vormittag hier verübt. Im Hause Bramfelderstr. 87
 wohnt in der zweiten Etage seit drei Wochen der von Berlin
 nach Wandsbek verzogene Maurer Hildebrandt. Da
 der Mann am Orte keine Arbeit erlangen konnte, reiste er
 vor einigen Tagen nach Lübeck ab, um dort sein Heil zu ver-
 suchen. Als nun heute ein zwölfjähriges Mädchen die Hilde-
 brandtsche Wohnung betrat, sagte die Frau: „Mit der
 kleinen Elli kannst Du nun nicht mehr spielen, die habe ich
 totgemacht.“ Dabei deutete sie auf die am Fußboden lie-
 gende Leiche des etwa drei Jahre alten Kindes. Das Mäd-
 chen alarmierte natürlich sofort die Nachbarn, die sich in die
 Wohnung begaben und einsehen mußten, daß tatsächlich ein
 graufiges Verbrechen von einer unfröhlich geistig gestörten Frau
 begangen war. Die neunundzwanzig Jahre alte Frau
 Hildebrandt hatte ihrer kleinen Tochter, während sie
 sie badete, mit einem stumpfen Messer die Kehle total
 durchgeschnitten. An dem Halse klaffte eine mehrere Zenti-
 meter breite Wunde, die ersehen ließ, daß die Frau in ganz um-
 ständlicher, gräßlicher Weise das Kind geschlachtet hatte. Dann
 hatte sie die Leiche sauber gewaschen und mit einem Hemde
 bedeckt. Ohne eine Spur von Empfinden oder Reue er-
 klärte sie, daß ihr es zwar leid getan habe, daß das Kind
 sich so habe quälen müssen, sie habe dessen Kopf daher auch
 unter Wasser getaucht, aber sie seien sich einig gewesen,
 gemeinsam zu sterben; den vierjährigen Sohn werde sie auch
 noch umbringen. Ihr Mann habe keine Arbeit, sie könne
 die Miete nicht bezahlen, sie habe nichts zu essen, habe seit
 drei Tagen nicht schlafen können und wahnsinnig sei sie
 auch. Es kann als ein wahres Glück bezeichnet
 werden, daß die Anwohner rechtzeitig benachrichtigt
 wurden, sonst wäre jedenfalls auch der Knabe der un-
 glücklichen Mutter zum Opfer gefallen, die nur
 mit Mühe festgehalten und daran gehindert werden
 konnte, sich aus dem Fenster zu stürzen. Nach längerer Zeit
 erschien auch die schnell benachrichtigte Polizei aus der Un-
 glücksstätte; Polizeikommissar Lipinski leitete die Unter-
 suchung, die den von uns geschilderten Sachverhalt ergab.
 Die Frau Hildebrandt, die ungewisselhaft im Wahnsinn ge-
 handelt hat, gab auf alle Fragen klare Antwort. Ihre Pa-

riere soll sie verbrannt haben, nur der Lauffeind des ermor-
 deten Kindes lag in einer Schale. Die bedauernswerte
 Kindesmörderin wurde in Haft genommen; der vierjährige
 Knabe ist einweilen bei Nachbarn untergebracht worden. —
 Gegen abend ist die Frau Hildebrandt, welche übrigens
 mehrmals vergebliche Versuche gemacht hat, sich die linke
 Pulsader zu öffnen, anscheinend auf Anordnung der Staats-
 anwaltschaft in das städtische Krankenhaus befördert
 worden. Die traurige Affäre erregt in der Stadt großes
 Aufsehen.

Kiel. Der Parteitag in Essen beschloß die
 gestrige Mitgliederversammlung des Sozialdemo-
 kratischen Vereines für Kiel zum wiederholten
 Male. Nach einem einleitenden Referat des Genossen
 Brecoor über die Aufgaben des bevorstehenden Parteita-
 ges und einer sich anschließenden Debatte, die sich ins-
 besondere über die von Kiel bereits gestellten Anträge ver-
 breitete, wurde weiter beschlossen, noch die nachfolgenden
 Anträge der Genossen Scharfberg bzw. Klüß-Abler einzu-
 reichen: 1. „Der Parteivorstand möge zu Punkt 7 der Tages-
 ordnung einen zweiten Berichterstatter bestellen und hierzu
 einen Vertreter der Abstimmungsbewegung bestimmen.“ 2. „Der
 Parteitag beschließt bei Beratung des Militäretats sind nur
 solche Fraktionsmitglieder zu bestimmen, welche die völlige
 Garantie dafür bieten, daß sie entschiedene Stellung gegen
 den Militarismus nehmen und im Sinne der Resolution des
 Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart sprechen.“
 Bei der Wahl der Delegierten zum Parteitag erhielten:
 Waade-Dietrichsdorf 120, Behrens-Hohenweide 94, Brecoor-
 Kiel 265, Bull-Gaarden 129, Buttman-Winterbeck 28 und
 Engelsmann-Rendsburg 154 Stimmen. Der sich anschließende
 Bericht der Bildungs-Kommission ergab, daß die
 seit dem Herbst 1905 eingeführten Unterrichtscurie beim Vor-
 tragszyklen eine Ausgabe von 4189,63 Mk. erforderten. Die
 Einnahmen betragen insgesamt 4258,40 Mk., doch befinden
 sich darin 1386,80 Mk. Zuschüsse, die die beteiligten Korporation-
 en, die Ortsvereine Kiel und Gaarden, sowie das Kieler
 Gewerkschaftskartell leisten mußten. Für das kommende
 Winterhalbjahr sind wieder entsprechende Veranstaltungen
 und Kurse in Aussicht genommen. Weiter wurde über die
 Vorarbeiten zur Errichtung einer Zentralbibliothek für
 Kiel Bericht erstattet. Eine Umfrage hat er-
 geben, daß in Kiel 16 Gewerkschaften Bibliotheken mit ins-
 gesamt 2690 Bänden besitzen. Das von der Bildungs-Kom-
 mission ausgearbeitete Organisationsstatut für die Bibliothek
 wurde en bloc genehmigt. — Zur Aufnahme gelangten 74
 neue Mitglieder.

Heiligenhafen. Entgleisung. Amlich wird mit-
 geteilt: Bahnhofs Heiligenhafen meldet, daß der Kleinbahn-
 zug 27 Sonntag zwischen Heiligenhafen und Lütjenbrabe
 (Kreis Oldenburg Bahn) entgleist ist, Personen aber nicht
 verletzt sind. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht
 erhalten. Die Strecke ist inzwischen wieder frei. Die Unter-
 suchung ist eingeleitet.

Schwerin. Mecklenburgische Küsterbesol-
 dung. In Mecklenburg ist seit 1597 die Befoldung der
 Küster auf dem Lande in das Lehrgeld eingerechnet zum
 großen Schaden der Lehrer. Diese Befoldung ist so mannig-
 faltig und eigenartig, daß sie schwerlich ihresgleichen findet.
 In Granzin besteht sie in Roggen, Hafer, Gerste, Erbsen,
 5 1/2 Kg. Speck, 90 Broten, 90 Würsten, 460 Eiern, 1 1/2 Kg.
 Wolle, 90 Schafkäse und 5 Krug Schafmilch. Während Brote,
 Würste, Eier (50—1100) und Korn wohl an allen Orten ge-
 geben wird, sind die übrigen Gefälle nicht immer dieselben.
 Man findet außer den genannten auch Schweinstöpfe, Schweins-
 rücken, Speck, Viehstoll, Grütze, Flach, Buchweizen, Malz
 und möglicherweise noch anderes. Das Korn hat der Küster
 im Herbst jeden Jahres aus den Dörfern zusammenzuholen,
 und zwar auch für den Pastor, der das meiste bekommt.
 Das übliche Festessen bei den Bauern ist wohl allgemein in
 Wegfall gekommen und in Geld oder Naturalien umge-
 wandelt. So erhält stellenweise der Pastor eine Gans, der
 Küster einen Hahn. Gelegentlich des Einsammelns des
 „Meßkorns“ hat der Küster auch das „Opfer“ einzufordern.
 Er geht von Haus zu Haus und kassiert das Geld ein.
 Natürlich erhält auch hier von wieder der Pastor das weite-
 ste meiste. Das Einfordern der „Opfer“, das von den
 Leuten meist als Schornerei aufgefaßt wird, müßte doch
 endlich verschwinden. Ebenso müßte die Mannigfaltigkeit
 der Naturalien der Küsterbefoldung bald einer einheitlichen
 Barbefoldung weichen. Dieser Jopf könnte wirklich abge-
 schnitten werden, ohne daß ein Zusammenbruch des Staates
 zu befürchten wäre. Guter Wille der Behörden würde hier
 leicht Wandel schaffen, denn die Gemeinden würden keine
 Schwierigkeiten machen.

Verantwortlich für die Kritik Lübeck und Nachbargebiete
 und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für
 den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwanitz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
 Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

H. T. V.
 Vorstandssitzung Dienstag abend 8 1/2 Uhr.

A. B. Sch.
 Vorstand- und Festkomiteesitzung
 Dienstag abend 9 Uhr.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit
 zu unserer Hochzeit.
Friedrich Warnke und Frau,
 geb. Kröger.

Ein freundlich möbliertes Parterrezimmer
 an einen jungen Mann zu vermieten
 Engelswisch 31.

Ein leeres heizb. Zimmer
 (straßenwärts) per sofort zu vermieten.
 Obertrave 21/13.

Zweizimmer-Wohnung
 am 1. Oktober zu mieten gesucht. Preis
 180—200 Mk. Off. unter SZ D a. d. Exped.

Gesucht zu sofort 2 ordentliche kräftige
Haushilfen.

Nachhärer bevorzugt.
Thüringer Wurst- u. Fleischkonzernefabrik
 Beim Reithof 14.

Zu verkaufen ein guter Kinderwagen
 mit vernickelten Federn und Klüschgard.
 Fremserkamp 36, p. L.

Erdarbeiter
 werden noch eingestellt.
 Genieur Rangierbahnhof. A. Karl.

Hund
 Dobermann, groß und kräftig (schwarz mit
 braunen Abzeichen an Beinen und Kopf) ab-
 handen gekommen. Wiederbringer od. Aus-
 kunftsgeber desselben gute Belohnung.
J. Bernhardt, Lübeck, Hützstraße 25.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold-
arbeiter, Sänthaus 13

Scherm's
Reisehandbuch
 für wandernde Arbeiter.
 Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
 — Preis 1,50 Mk. —
 Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Vereinigte Butterhändler
 von Lübeck und Umgegend.
Allerfeinste Meiereibutter
 kostet Pfund 1,35 Mark.

Zentral-Verband der Fleischer
 und Berufsgenossen Deutschlands.
 (Zahlstelle Lübeck.)

Mitgliederversammlung
 am Mittwoch, den 11. Sept.
 abends 8 1/2 Uhr präzis
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 1. Kartell-Bericht.
 2. Bericht vom 4. Verbandstag.
 3. Stellungnahme zu dem Verhalten der
 Firma W. G. Koepke.

Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit
 der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher
 Mitglieder dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Hansa-Theater
 Lübeck.

Nur noch 4 mal
Es lebe der
Reservemann
 Nächste Novität:
„Es geht los!“
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
 Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
 1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhr-
 Königsstraße 62, b. d. Hützstraße
 Gebe rote Rabattmarken.

Wilhelm-Theater.
 Dienstag, 8 Uhr. 95. Abonn.-Vorstell.
 Letzte Woche!
Hermann Sudermann's
Die Schmetterlingsschlacht.
 Komödie in 4 Akten.
 Mittwoch:
Molière-Abend.
Der eingebildete Kranke.
Der Geizige.
 Sonntag: Schluß der Spielzeit.

Stadthallen-Theater.
 Direktion: Ludwig Piorkowski.
 Letzte Woche!
 Dienstag, 8 Uhr. 92. Abonn.-Vorstell.
 Anerkannt beste Lustspiel-Novität!
Nur eine Käte.
 Lustspiel in 3 Akten von Davies.
 Mittwoch: Der Stabsstrompeter.
 Gr. Hoffe mit Gesang in 4 Akt. v. Mannstädt.
 Donnerstag: Im bunten Rock.
 Freitag: Unbestimmt.
 Sonnabend: Robert und Bertram.
 Sonntag: Abschieds-Doppel-Vorstellung.
 Operetten-Abend.

Günstigste Gelegenheit für
ganze Brautausstattungen.

Am Mittwoch, den 11. d. M., Schluß unseres

Trotz der billigen Preise
Rote Lubeca-Marken.

Räumungs-Ausverkauf.

1 Posten
 Damenhemden 95 Pfg.
 Damenhosen 95 Pfg.
 Damenjacken 1.25 Mk.
 Parchendröcke 1.15 Mk.
 Stickerei- und Spitzenröcke
 etwas angestäubt.
 Einzelne Stücke
 = elegante Damenwäsche =
 teils für die Hälfte.
 Kinder- und Babywäsche
 bedeutend ermäßigt.
 Untertaillen 1.45 Mk.

1 Posten
 Weiße Bettbezüge . . 3.75 Mk.
 Weiße Bettbezüge . . 4.25 Mk.
 „ Damen-Bettbezüge 4.75 Mk.
 Weiße Kopfkissen . . 75 Pfg.
 Betttücher ohne Naht . . 1.75 Mk.
 Tischtücher und Servietten.
 Gläser-, Messer- u. Wischtücher.
 Handtücher 45 Pfg.
 Bettstellen und Matratzen
 grösste Auswahl am Platze.

1 Posten
 Gardinen, weiß und crème.
 Schlafdecken 1.95 Mk.
 Steppdecken 3.25 Mk.
 Tischdecken . 1.25—1.95 Mk.
 Weiße Bettdecken . . 2.25 Mk.
 Bunte Bettdecken . . 2.45 Mk.
 Bettvorleger . 1.35—2.50 Mk.
 = Teppiche =
 enorm billig.
 Rückenissen.

1 Posten
 Herren-Westen.
 Krawatten sonst bis 2 Mk.,
 jetzt 50 Pfg.
 Herrenkragen 4fach, 8 St. 95 Pfg.
 Serviteurs 30 Pfg.
 Bunte Oberhemden für die Hälfte.
 Strohhüte für die Hälfte.
 Unterhemden 1.25 Mk.
 Unterhosen 1.25 Mk.
 Weiße Herrenhemden . 1.45 Mk.

Tuch- und Sommerröcke teils für die Hälfte. — 1 Posten Kinder- und Damenstrümpfe für die Hälfte.

Gebrüder Hefft

Lübeck

Untertrave 111/112

bei der Holstenstrasse.

Die Preise sind staunend billig. Es sollte niemand diese Gelegenheit versäumen.

Versuchen Sie bitte!



Täglich frisch in allen durch Plakate kenntlichen Niederlagen
oder durch den

General-Vertreter: **Hans Panier,**
Lübeck, Adlerstraße 36.

Achtung Fabrikarbeiter-Verband.

Außerordentliche Mitglieder - Versammlung

am Dienstag, den 10. Septbr., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress in Stuttgart.
Referent: Gewerkschafter Rob. Wiessenhütter aus Ettlin.
2. Disziplin.

Jahresbeiträge werden nicht

Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck.)

Außerordentl. General-Versammlung

am Dienstag, den 10. September, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aenderung des Statuts und Wahl von Vorstandsmitgliedern.
2. Beschluß.

Die Ortsverwaltung.

Konsumverein für Lübeck und Umg.

E. G. m. b. H.

Wir beabsichtigen in den nächsten Tagen ein Flugblatt über die volkswirtschaftlich feindseligen Bestrebungen des Verbandes der Fabrikanten von Markenartikeln zu verbreiten.

Alle Konsumenten, insbesondere aber unsere Mitglieder und deren Frauen, die an der Verbreitung dieses Flugblattes mitwirken wollen, werden gebeten, sich am Montag, 9. September 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52, zu einer Besprechung einzufinden.
Der Vorstand.

Eine der interessantesten politischen Zeitungen
der Reichs-Hauptstadt

ist die im 55. Jahrgange stehende altbewährte

Berliner

Volks-Zeitung

mit reich illustriertem Sonntagsblatt

Chefredakteur: Karl Bollrath.

Die Berliner Volks-Zeitung ist die billigste der

täglich zweimal

erscheinenden deutschen Zeitungen,

sie ist eine unabhängige Zeitung, die mit den großen weltbewegenden Problemen des zwanzigsten Jahrhunderts vertraut macht, die dem Volke zeigt: was es ist, was es kann und was es aus politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen tun muß, um den höchsten Zielen des Staatslebens und der Menschheits-Entwicklung zuzustreben.

80 Pfg. monatlich

bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches.

Im Roman-Heftchen erscheint demnächst

Die blaue Laterne von Paul Lindau.

Ein neuer Roman von Lindau ist immer ein Ereignis. Die neueste Schöpfung des berühmten und beliebten Schriftstellers beleuchtet mit feiner Spottheit das moderne Großstadtleben und die modernen Gesellschaftskreise in ihren verschiedensten Abfängen. Der Name Lindau genügt, um etwas überaus Fesselndes, Belebendes erwarten zu dürfen, und in der Tat wird das farbenreiche Bild, das uns der Dichter von dem Getriebe unserer reichbewegten Zeit gibt, berechtigtes Aufsehen erregen.

Expedition der „Berliner Volks-Zeitung“

Berlin SW. 19, Jerusalemstraße 46-49.

Der Alkohol in unseren Kolonien.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte Wilhelm Föllmer in der Nummer 35 der „Umschau“ einen interessanten Aufsatz, dessen Lektüre wir all unseren Kolonialschwärmer empfehlen. Föllmer, den man durchaus keiner Kolonialfeindschaft zeihen kann, beginnt: „Für ein Naturvolk war es von jeher das größte Verhängnis, wenn es mit einem Kulturvolke in Berührung kam. Nie suchten die Kinder der Natur eine Berührung mit der Kultur; es ist stets umgekehrt. Nicht philanthropischer Idealismus führte die Europäer zu den Indianern und Negern, sondern der reinste Egoismus, der in seiner krassesten Form von den Spaniern bei der Besitzergreifung Südamerikas geübt wurde. Mit Pulver und Blei trieb man die Wilden zurück. Aber eine Unze Pulver und eine Kugel Blei erschienen zu kostbar, um einen Indianer zu töten. Man bezimierte die Wilden auf billigere und bequemere Art. An gewissen Stellen ließ man Kleidungsstücke von Pest- oder Pockenkranken liegen. Die Indianer zogen sie an: die Folgen waren furchtbar. — Man kannte damals noch nicht die Phrase von den Kulturgütern, die man den Wilden bringen will, um sie glücklicher zu machen. Das Glück besteht häufig darin, daß die Naturvölker dem Untergange geweiht sind. Wo sind die einst so stolzen Mexikaner? Wo die hochbegabten Inkas von Peru? Wo ist Tasmaniens Urbevölkerung geblieben? Und wie steht es mit den Wilden Australiens? Bald wird keiner von ihnen mehr imstande sein, seine Stimme anklagend gegen die Rasse zu erheben, die ihnen den Untergang gebracht hat.“

Auch in Afrika beginnt jetzt die Kultur ihren massenmordenden Siegeszug. Seien wir doch ehrlich! Wenn wir mit fremden Völkern in Berührung treten, tun wir es nicht zu ihrem, sondern zu unserem Vorteile. . . . Der Gottesbote weckt die Heiden aus ihrem glücklichen Nichtstun auf, gewöhnt sie an Kulturgenüsse, die sie sich nur auf die Dauer verschaffen können, wenn sie Geld verdienen, das heißt arbeiten. Die heidnischen Neger gehen meist nackend, die christlichen stets bekleidet. Bedenkt man nun, daß er und besonders seine schöne Frau nicht wissen, mit europäischer Kleidung umzugehen, ihnen also bereits nach einem Monat die Lumpen vom Leibe herunterhängen und Ersatz heissen, so erkennt man erst, welche ungeheure Bedeutung der bekleidete Neger für die europäische Textilindustrie hat. Ob nicht oft genug diese Erscheinung für die Missionsfreudlichkeit mancher Kaufleute maßgebend ist? Der Kaufmann schafft nicht neue Werte; er macht nur vorhandene Werte nutzbar. Je rückwärtsloser dies geschieht, desto mehr wird das Land, das sich des kaufmännischen Interesses erfreut, ausgezogen. . . . Neue Werte schaffen kann nur der Ansiedler, der den Grund und Boden bebaut oder den Grasreichtum in Fleisch umsetzt. Eine gute Kolonialregierung wird stets dafür sorgen, daß zwischen Siedler- und Kaufmannsinteresse das Gleichgewicht herrscht.

Föllmer schildert nach solchen einleitenden Worten die Verheerungen, die durch den Alkohol gerade unter den Küstenbewohnern angerichtet werden. Da die Trägerlöhne sehr hoch sind, ist es für die Eingeborenen des Innlandes eine Unmöglichkeit, dem Schnapsgenusse zu fröhnen; so vertreibt sich die Schnapszufuhr (neben unseren tropenkollernden weißen Landsleuten) in der Hauptsache nur auf die Eingeborenen, die mit den Bläßgeschichtern in naher Berührung leben, und hier erreicht der Alkoholkonsum erschreckend hohe Werte. Jede neue Eisenbahn aber erleichtert das Eindringen des neuen verführerischen Genußmittels, vor dessen tödlicher Wirkung

der arglos im Übermaße Schwelgende sich nicht schützt, weil er sie nicht kennt, zu den bis dahin noch unberührt gebliebenen Stammesteilen. Mit jeder neuen Bahn aber werden ganz horrenden Gewinne aus dem Alkohol gezogen. Nach Föllmer teilt W. von St. Paul Maire aus Ostafrika mit, daß die Kiste von zwölf Flaschen Schnaps, jeemäßig verpackt, loko Hamburg franko Bord 2,50 Mk. gekostet habe, ja eine Liverpooler Firma habe die Kiste von 12 Flaschen unter den gleichen Bedingungen für 1,60 Mark gekauft. Der erhaltene Gegenwert in Waren aber wurde auf 20 Mark pro Kiste von 12 Flaschen geschätzt!! Das sind 1250 Prozent!! O heilige Einfuhr!!

Föllmer sagt, man müsse allen Ernstes darüber streiten, ob für den Neger nicht der Alkohol ein weit schlimmeres Übel sei als die Sklaverei. Er ist eines der furchtbarsten Geschenke, die der Europäer den Wilden bringt. „Negertod“ wird diese Sorte in Afrika genannt; die Kameruner Neger nennen den ihnen gebrachten Schnaps „Hamburger Wasser“. Im Jahre 1904 wurden nach Kamerun 921 433 Kilogramm Schnaps eingeführt, nach dem kleinen Togo gar 1 622 829 Kilogramm, und mit jedem Bahnbau erhöht sich die Ziffer so stark, daß die ein Gegengewicht bildenden sich — warum denn auch nicht? — steigenden Zölle dabei kaum viel auszubessern vermögen.

Weshalb der deutsche Großkaufmann ein ertragreicher Kolonialschwärmer ist, weiß man zwar seit langem, doch ist die neue von Föllmer gebrachte Bereicherung des Bildes doch sehr nützlich. Freilich wird noch viel Wasser den Berg hinunterfließen, bis der deutsche Hurratriot einzusehen gelernt haben wird, daß alle Kolonialschwärmerei nur dazu dient, einzelnen frömmelnden „Kulturbringern“ die Taschen zu füllen. Föllmers Arbeit bildet aber eine Erklärung mehr dafür, warum in jüngster Zeit auch die Kartoffelunker mit den Verbürgern durch Dick und Dünn gehen; der in Afrika verkaufte Fufel ist das beste Lötlwasser für den konservativ-liberalen Block.

Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag zu Essen 1907.

Bericht der Vertrauensperson

der Genossinnen Deutschlands für die Zeit vom August 1906 bis Ende Juli 1907.

Unsere Bewegung hat aber nicht nur an Umfang bedeutend zugenommen, sondern auch das Wissen der Genossinnen hat sich erweitert und vertieft. Um in dieser Richtung zu wirken, sind die Les- und Diskussionsabende geschaffen worden. Bereits in 120 Orten bestanden solche Abende, die teils vierzehntägig, teils vierwöchentlich abgehalten werden. Als Grundlage der Schulung dienen in den meisten Orten: „Erklärungen zum Erfurter Programm“ von Kautsky und Schönlanke. Genossinnen und hin und wieder auch Genossen, die bereits besser gebildet sind, leiten die Abende. Der Besprechung wohnen 20—30 Personen bei, jede einzelne Genossin kann daher in den Kreis der Diskussion gezogen werden. Neben den theoretischen Kenntnissen, welche die Teilnehmerinnen sich aneignen, lernen sie ihre Gedanken ordnen und auszprechen. In einzelnen Orten des Rheinlandes veranstalteten die Genossinnen Kurse von 6—7 Abenden, in denen kleine Vorträge über das sozialdemokratische Programm mit darauffolgender 1/2stündiger Diskussion stattfanden. Die Genossinnen wurden einzeln über das Gehörte befragt, damit der Erfolg des Kursus auf diese Weise festgestellt werden konnte. Die Zunahme der Les- und Diskussionsabende legt Zeugnis ab von dem Bedürfnis nach theoretischer Bildung, nach grundsätzlicher Klarheit im weiblichen Proletariat. Manches bis dahin schlummernde Talent findet durch das hier Gebotene den Weg zur Weiterbildung.

Wie bereits aus dem weiter oben Mitgeteilten hervorgeht, ist die mündliche Agitation in sehr ausgedehnter Weise

betrieben worden. Den Anfragen nach Rednerinnen konnte oft kaum Genüge getan werden. Agitationstouren wurden vor und nach der Reichstagswahl sehr zahlreich veranstaltet, und zwar in den verschiedensten Gegenden Schlesiens, in Pommern, in der Oberlausitz usw. Gleich nach dem Parteitag referierte eine Genossin in zehn Versammlungen in Bayern, eine andere war tätig in Anhalt; 16 Versammlungen fanden in Eisenach, Sachsen-Weimar, Hannover statt. In Oldenburg und Bremen wurde eine ziemlich ausgedehnte Agitation betrieben. In Sachsen-Altenburg und dem sächsischen Vogtlande war eine Rednerin 2 1/2 Wochen tätig. In der Meiningener Spielwarengegend (Sonneberg) wurden eine Anzahl Agitationsversammlungen veranstaltet. Auch im Kreise Zeit-Weißenfels, im Kreise Magdeburg und in Westfalen wurden Rednerinnen für eine größere Reihe von Versammlungen verlangt. Im Harz wurden zweimal Agitationstouren veranstaltet. Unzählige Einzelversammlungen gelegentlich der Anwesenheit auswärtiger Referentinnen wurden ebenfalls eingerichtet. Die entfaltete rege Agitation hat es ermöglicht, daß in vielen bis dahin noch brachliegenden Orten fester Fuß gefaßt wurde und eine ständige Aufklärungsarbeit unter den Frauen in Fluß kam. Unsere Vertrauenspersonen bemühen sich, jede sich anbietende Gelegenheit für die Agitation und Betätigung der Frauen zu ergreifen und auszunutzen.

An manchen Orten sind die Genossinnen an die Gemeindevorstände herangetreten, die Errichtung von Kindergärten und Krippen betreffend. Die Genossinnen haben sich außerdem bemüht, durch öffentliche Bessprechungen fördernd auf die Fürsorge der Kommunen für Wöchnerinnen und Säuglinge zu wirken. Die Zahl der Genossinnen, die als Waisenpflegerinnen tätig sind, hat zugenommen. Einige Genossinnen gehören der Armenpflegeverwaltung an. — Die Agitation für den gesetzlichen Kinderschutz ist weiter betrieben worden.

Kinderschuttkommissionen sind auch in größerer Anzahl wie im Vorjahre vorhanden. Manchem Kinde vermochten sie durch ihre Wachsamkeit das Leben erträglicher zu gestalten. So viel mir mitgeteilt wurde, bestehen zurzeit solche Kommissionen in Leipzig, Dresden, Hamburg, Stettin und Chemnitz. Andere Städte werden dem guten Beispiel folgen.

Neben der Agitation durch das gesprochene Wort ist auch die durch das gedruckte nicht vernachlässigt worden. In die Augen springend ist die Vermehrung des Abonnentenstandes der „Gleichheit“. Von 46 000 im Vorjahre hat er jetzt bereits die Höhe von 70 000 erreicht. Unsere Genossinnen sind unausgesetzt für ihr Organ mit Eifer tätig gewesen. Neben der Agitation für dasselbe in öffentlichen Versammlungen wurde in vielen Orten mit bestem Erfolg Hausagitation betrieben. Der „Gleichheit“ ist es zu danken, daß grundsätzliche Klarheit und Wissen in die Köpfe tausender von Frauen getragen worden ist. Sie brachte den Hausfrauen Anregung und Belehrung, sie beriet durch Artikel von sachkundiger Feder die Mütter bei der Erziehung der Kinder; sie trat nach den verschiedensten Richtungen hin für die Interessen der Proletarierinnen ein; sie war den Genossinnen jederzeit eine treue Beraterin, ein festes geistiges Band. Die „Gleichheit“ erwartete mit Schnujchtaufende von Kindern, weil die Kinderbeilage ihnen so wunderschöne Märchen erzählt, hübsche Reisebeschreibungen und Geschichten bringt, Gedichte und naturwissenschaftliche Artikel, die Geist und Gemüt bereichern und das Blatt, das die Mutter liebt, ihnen lieb und unentbehrlich macht. In den abgelegenen und schwärzesten Gegenden Deutschlands hat die „Gleichheit“ Eingang gefunden. In der ungeheuren Mehrzahl der Fälle wird jedes abonnierte Exemplar von zwei Personen gelesen. Erwähnt sei noch, daß die Zahl der Genossinnen beinahe wachsend, welche durch Berichte, Artikel, Notizen an unserem Organ mitarbeiten. Es ist dies nicht nur ein zu begrüßendes Zeichen regen geistigen Lebens im weiblichen Proletariat, sondern auch ein Zeichen dafür, mit welcher Liebesart und geduldiger Mühe die Redakteurinnen jedes sich zeigende Talent aufzumuntern und zu unterstützen versuchen.

Die Agitation durch Brochüren ist nicht verabsäumt worden. Es sind zur Versendung resp. Verteilung gelangt: 100 000 des von der „Gleichheit“ herausgegebenen Merkblattes „Der Kampf um die Unfallrente“; 800 000 Wahlflug-

Bekennnis eines lebendig Begrabenen.

Ein wahres Ereignis aus der russischen Revolution.
Von Alexander Amfiteatrow.

„Sie fragen mich, wo ich zu Weihnachten im vorigen Jahre war und wie ich sie verbrachte? Sehr schlecht verbrachte ich sie, lieber Freund. Ich wollte zu jener Zeit im Grab!“

„Ja wie sind Sie dort hingeraten?“
„Sehr einfach, auf durchaus legaler Grundlage. Sie wissen doch, wie man in das Grab hineinkommt? Als Zoter!“

„Berzählen: Habe ich die Ehre, mit einem Gespenst zu sprechen?“

„Nein, nicht mit einem Gespenst, wenngleich es viele gibt, die nichts sehnlicher wünschen, als daß ich ein Gespenst wäre. Die Sache ist nämlich die, daß ich gerade zu Weihnachten, am 24. Dezember 1905, um vier Uhr nachmittags auf dem Platz vor der Kathedrale der Stadt Jaruzsk von einer Abteilung des Strafexpeditionskorps erschossen wurde.“

„Erschossen?“

„Glauben Sie nicht?“

„Aufrichtig gesprochen, solch einer Erscheinung habe ich früher nur auf der Bühne im Melodrama „Don Söfar de Bafan“ beigewohnt.“

Nichtsdestoweniger verhält sich die Sache so, wie ich sie Ihnen melde: Erschossen — und lebendig in das Grab geworfen — und da sitze ich vor Ihnen, lustig, jugendlich, trinke Kaffee, rauche Zigaretten. . . .

„Aho, man hat sie schlecht erschossen. . . .“

„Nein, erschossen hat man mich nicht übel; weshalb soll ich die braven Jungen beleidigen? Erschossen, auf mein Gewissen! Vier Kugeln habe ich in mir aufgenommen. Ich bin zu faul, um mich auszukleiden, sonst könnte ich Ihnen meine Wunden zeigen, Thomas, Sie Ankläger! Freilich, Glück habe ich

gehabt, die Wunden waren nur an den Weichteilen, die Kugeln mitten durch, kein ernstes Organ wurde verletzt, auch die Knochen wurden nicht gebrochen. Aber dafür ist Blut geflossen, sag' ich Ihnen! Entsetzlich! Ein Eimer voll!“

Die Sache verhielt sich so: Ich lebte friedlich und ruhig als Lehrer in Jaruzsk. In Ausübung meines Berufes suchte ich meinen lieben Letten Karzuzmachen: „Nur im Kampfe erwirbst du dein Recht“, wie es im Liede heißt. . . . Ein wirklicher Revolutionär, wie ich es jetzt bin, war ich damals noch nicht und hielt mich auch nicht dafür. Ich war nur ein Mitfühler, ein Bürger, der revolutionäre Lieder sang und mit der roten Fahne in der Hand einherging. In den rühmlich bekannnten Tagen „der Freiheit“ sang ich wahrscheinlich ein wenig lauter als die anderen, die rote Fahne trug ich mit größerem Schwung als andere. Der bewaffnete Aufstand breitete sich nicht bis Jaruzsk aus, eine provisorische Regierung haben wir eingeseht, die Republik nicht proklamiert. Wir spielten nur mit Worten ein wenig Revolution innerhalb der vom Magistrat gebudeten Grenzen, und Schluß. Nichtsdestoweniger wurden am 24. Dezember, am Vorabend vor Weihnachten, ich und noch zwölf Bürger, welche mit der roten Fahne umhergegangen waren, erschossen und hineingeworfen in den Graben auf dem Kathedralplatz. Ich bin vom Tode auferstanden, zwölf Kameraden verblieben jenseits. Ja, so war es.

Ich erinnere mich noch lebhaft; ich sitze zu Hause und in höchst ruhiger und wohlwollender Weise verbeßere ich die Hefte meiner Schüler. Plötzlich erscheint vor mir ein Schreckbild: ein Kosak:

„Sie werden mich der Lehrer sein?“

„Ich bin der Lehrer.“

„Kommen Sie!“

„Wohin?“

„Die Obrigkeit befiehlt, kommen Sie!“

„Was für Obrigkeit?“

„Ich weiß nicht. Kommen Sie!“

„Keine Obrigkeit?“

„Reineswegs. Kommen Sie nur!“

„Und wenn ich nicht will?“

„Dann werde ich Sie mit der Nagaitka hintreiben. Kommen Sie!“

Ein ernster Burische . . . das Gespräch ernst . . . die Nagaita ernst . . . Es gibt Argumente, auf die man nur mit einem Revolver in der Hand antworten kann. Ich hatte aber gerade keinen. Nun gut, es läßt sich nichts machen. Ich gehe. Der Kosak führte mich zum Obersten. Eine höchst sympathische Frage. Nett, nett. Wird wohl ein ausgezeichnete Tänzer sein. Wahrscheinlich ein guter Klavierspieler. Sehr höflich.

„Womit kann ich dienen?“

„Ich weiß nicht. Ich bin befohlen worden. . . . Ihr Kosak hat mich hierhergeführt.“

„Ihr Name?“

„Ich heiße . . .“

„Aha! Sie sind derjenige?“

„Ja, ich bin derjenige!“

„Er spricht zu seinem Adjutanten: „Den da . . . zu jenen!“

Der Adjutant antwortet: „Zu Befehl!“ und winkt den Soldaten, mich zu umringen.

Dier Erzengel wuchsen aus dem Boden hervor. Einer kräftiger als der andere. Da wendet sich der Oberst an mich mit derselben Höflichkeit:

„Sie können gehen. Ich halte Sie nicht mehr auf.“

Ich marschiere feierlich mit den Erzengeln und es scheint mir, daß ich im Traume bin. . . . Ich verstehe gar nichts. . . . Warum bin ich „der da“? Was sind das für „Jene“? Warum, wenn ich „der da“ bin, warum soll ich denn zu „jenen“?

Ich wende mich an meine Wächter: „Wohin führt ihr mich?“ Statt einer Antwort bekomme ich zwei Schläge ins Gesicht. In tiefem Schweigen . . . auf einmal von rechts und links . . . mit den Muskeln der Faust . . . Funken sprühen mir aus den Augen.

Endlich kamen wir auf den Kathedralplatz. Ich schaue. Hier stehen auch Heinrich Olsen und Christophers und alle Anfrigen, welche die rote Fahne getragen und revolutionäre Lieder gesungen haben. Alle unter Bewachung. Auf dem Platz war außer uns und den Soldaten keine einzige Seele mehr. Alle Fensterläden geschlossen. Entsetzen bemächtigte sich meiner. Ich fürchtete, man wolle uns auspeitschen.

Soziales und Parteileben.

Fleischer-Verbandsstag. Entsprechend dem Vorschlag der Statutenberatungskommission, der von B. v. Lübeck gemacht wird, wurde der Beitrag von 35 auf 50 Pfg. wöchentlich erhöht. Dieser soll die Arbeitslosenunterstützung ab 1. Oktober 1908 eingeführt werden. Die Beitragserhöhung tritt am 1. Januar 1908 in Kraft. 20 Prozent der Beiträge sollen an die Hauptkasse abgeführt werden. Der nächste Verbandsstag findet Ostern 1910 in Hannover statt. Von den sonstigen Anträgen sind von allgemeinem Interesse: Der Antrag Hamburg und Lübeck „Die Schaffung eines Nahrungsmittel-Industrieverbandes zu erstreben.“ Der Vorsitzende Henschel-Berlin erklärte hierzu, daß der Hauptvorstand bezüglich dieser Frage schon mit in Betracht kommenden Organisationen konferiert habe; man sei einen großen Schritt diesem Ziele näher gekommen. Der Hauptvorstand tue sein möglichstes, um die Gründung eines Nahrungsmittel-Industrieverbandes baldigst herbeizuführen. Die Verwaltungsstelle Lübeck beantragt, jeden Herbst ein bis zwei Kollegen an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen teilnehmen zu lassen. Dieser, sowie obiger Antrag werden dem Hauptvorstand überwiesen. — Die internationalen Beziehungen haben sich wesentlich gebessert. Die bisherigen Beamten wurden wiedergewählt. Nach Festsetzung der Gehälter und Diäten — 12 Mk. täglich außer Lohnentschädigung — wurde der Verbandsstag geschlossen.

Gärtner-Generalsversammlung. Nach einem Referat über Organisation und Agitation wurden mehrere der Agitation dienende Anträge angenommen. Der Beitrag bleibt 35 Pfg., jedoch sollen Ortszuschläge erhoben werden. Jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren und Arbeiterinnen zahlen 25 Pfg. Bei den Beiträgen von 35 Pfg. kann der Hauptvorstand acht Wochen lang pro Jahr Extrabeiträge erheben. Als neue Unterstützung wird die Kranken- und Sterbeunterstützung eingeführt. Die Sterbeunterstützung tritt nach 5 Jahren Mitgliedschaft in Kraft, beträgt dann 50 Mk., nach 8 Jahren 75 Mk., nach 10 Jahren 100 Mk. Beim Todesfall der Ehefrau wird die Hälfte der Unterstützung gezahlt. Die Streikunterstützung wird nach einer Karenzzeit von drei Tagen vom vierten Tage ab gezahlt. Sie kann durch Ortszuschläge bis zu 12 Mk. für ledige und 14 Mk. für Verheiratete und für Kinder auf 75 Pfg. erhöht werden. Die Diäten sind einheitlich auf 8 Mk. und Lohnentschädigung festzusetzen. Zur Maifeier fand folgende Resolution Annahme: Die Generalversammlung beschließt, den Mitgliedern nur dort eine allgemeine Arbeitsruhe zu empfehlen, wo dies ohne Schädigung der Beteiligten und der Organisation möglich ist. Die Organisation kann nach Lage der Verhältnisse Unterstützungen an die wegen Beteiligung an der Maifeier ausgesperrten Mitglieder nicht gewähren. — Die Generalversammlung soll fortan nur alle 3 Jahre stattfinden. Ein Streik kann nur mit $\frac{2}{3}$ Majorität beschlossen werden. Die Generalkommission soll ersucht werden, die Landarbeiterfrage als besonderen Punkt auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zu behandeln. Nach Vornahme der Wahlen, bei denen der 1. und 2. Vorsitzende ihre Posten wechseln und bei denen ferner 7 Anträge, wie bisher, 5 Hauptvorstandsmitglieder gewählt wurden, erfolgte Schluß der Generalversammlung.

Die fünfte internationale Gewerkschaftskonferenz wird am 15. und 16. September in Christiania abgehalten werden. Vertreten werden die gewerkschaftlichen Landesorganisationen in Schweden, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Italien, Schweiz und Norwegen sein. Die Konferenz wird eine Reihe von Fragen, die die internationale Organisation betreffen, zu erledigen haben. Von Italien liegt ein Vorschlag vor, die Auswanderung durch die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung zu regulieren. Norwegen wünscht, daß die Organisation der Seeleute besprochen wird. Schweden hat angeregt, die Frage zu besprechen, inwiefern Vorbeugungsmaßregeln gegen den Import von Streikbrechern zu schaffen sind. Deutschland will das Verbot der Anwendung von gesundheitsgefährlichen Stoffen in der Industrie in die Verhandlungen mit einbezogen wissen. Dänemark hat die Besprechung der Gegenseitigkeit zwischen den Organisationen der einzelnen Länder in Anregung gebracht.

Vom Trade-Union-Kongress. Am Freitag nahm der Kongress einstimmig die Resolution an, in der verlangt wird, daß im nächsten Budget eine Alterspension von wöchentlich fünf Schilling für alle Sechzigjährigen vorgesehen werde. Das parlamentarische Bureau wurde angewiesen, in eine lebhaftige Agitation dafür einzutreten. Ebenfalls angenommen wurde die Resolution zu Gunsten der achtstündigen Arbeitszeit in Bergwerken und anderen Industriezweigen. Eine Resolution, welche das Prinzip der Anrufung eines Schiedsgerichts in gewerkschaftlichen Streitigkeiten ausspricht, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso verwarf der Kongress eine Resolution, die verlangt, daß die Streitigkeiten einem Vermittlungsamte unterbreitet werden sollen, bevor ein Streik erklärt würde. Sonntags wurde der Kongress nach Annahme einer Resolution geschlossen, durch die die Regierung aufgefordert wird, die Frage der Arbeitslosen dadurch zu regeln, daß sie unter Reorganisation der Industrie auf genossenschaftlicher Basis den Arbeitslosen dauernd Arbeit verschafft.

Die Lohnbewegung im Nieder-Laufiger Braunkohlenrevier. Nachdem die Unternehmer durch ihre Halsstarrigkeit die Empörung bis zur Siedehitze gesteigert, versuchen sie durch an die bürgerliche Presse versandte Washzettel die ganze Bewegung als „sozialdemokratische Wache“ den Behörden zu denunzieren. Vor allem sollen allein die Löhne im letzten Jahre um 18 Prozent gestiegen sein. Demgegenüber steht fest, daß einer unwesentlichen Lohnsteigerung eine ganz gewaltige Steigerung der Arbeitsleistung gegenübersteht! Der Handelskammerbericht von Kottbus zeigt über die Förderung in der Niederlaufiger Braunkohlen- und Zementindustrie folgendes Bild:

	Förderung in Tektolitern	Britetts in Tonnen	Arbeiterzahl
im Jahre 1901	136 936 114	2 612 439	11 619
„ „ 1902	134 753 747	2 707 845	10 222
„ „ 1904	155 307 145	3 924 805	10 369
„ „ 1906	171 903 019	3 799 345	10 538

Von 1901 bis 1906 hat sich demnach die Förderung ganz wesentlich erhöht, während die Arbeiterzahl gesunken ist! Von 1904 bis 1906 vermehrten sich die Beschäftigten um 1,6; die Förderung stieg um 10 und die Produktion von Britetts um 14,26 Prozent. Gegenüber der Behauptung, die Löhne betrügen pro Schicht 5 und 6 Mk., stellen die Vergleiche folgende Statistik auf: Die Löhne schwanken zwischen 4,90—3,40 Mk. auf Grube Verta, Hörter Werk 2,90—3,00 Mk., Me 8,10—3,70 Mk., Mariannengüt 2,70—3,50 Mk., Alara-Weizow 3,00—3,30 Mk. Jugendliche Arbeiter 1,60—2,00 Mk. Weibliche Arbeiter 1,50 bis 1,90 Mk. Vorstehende Löhne beziehen sich auf die 12stündige Schicht. Daß die Unternehmer glänzende Geschäfte gemacht haben, beweisen folgende „Entbehrungslöhne“: Die Niederlaufiger Kohlenwerke verteilten bei einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark 600 000 Mk. Dividende und schrieben 750 000 Mk. ab. Sie „verdienten“ also in einem Jahre

22½ Proz. des Anlagekapitals. Die Dividende der Gesellschaft „Me“, welche für das Revier maßgebend ist, stieg in den Jahren 1903—1906 um jährlich Hunderttausende; von 21 auf 18 Proz. Nebenbei erhielten die Aufsichtsräte 281 485 Mk. Lohntiere für ihre „Mühe“. Fest steht, daß die Löhne am niedrigsten sind, während die Gesellschaften im Golde schwimmen. Darum auch der Progenstandpunkt. Die für die Förderung in Frage kommenden Arbeiter sind gut organisiert und die Massen sehen dem Kampf mit Ruhe entgegen.

Zur Lohnbewegung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Am Mittwoch fanden Verhandlungen zwischen dem Zentralvorstand und dem Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes, Genossen Regener, einerseits und dem Vorsitzenden des Gewerbevereins, Rechtsanwalt Dr. Müller, andererseits in Gegenwart des Regierungspräsidenten, der in der Angelegenheit der Lohnbewegung intervenieren wird, statt. Die Unterredung hat über eine Stunde gedauert. Die Fabrikleitung hat erklärt, sie erwäge, eine Lohnhöhung von 7 Prozent einzutreten zu lassen, wenn die Arbeiter — auf die Vergütung der Wohlfahrts-Einrichtungen verzichteten. Die Aufwendungen der Fabrik für diese Wohlfahrts-Einrichtungen machen nämlich 7 Prozent der gesamten Lohnsumme aus. Diese Bedingung würde die Erfüllung der Arbeitermünsche direkt illusorisch machen, wenn darauf eingegangen würde. Um dem Fortgang der Verhandlungen indes nicht hinderlich zu sein, hat man sich seitens des Fabrikarbeiter-Verbandes zu einer vorläufigen Einigung insofern bereit erklärt, als man einer direkten Verhandlung der Fabrikleitung mit den Arbeitern, konform dem seinerzeit in der Fabrik angeschlagenen Ufas, nichts in den Weg legen will.

Der Hafenarbeiterstreik in Antwerpen. Der „Vorwärts“ berichtet unterm 4. September aus Antwerpen: Der Wunsch der Unternehmer ist erfüllt: Seit gestern erfreut sich der Antwerpener Hafen militärischen Schutzes. Die Bassins, die am Dienstag nachmittag der Schauplatz von Straßenkämpfen waren, sind mit den Regimentern der Bürgergarde besetzt, berittene Gendarmen patrouillieren an den Kais und auch die Revolver der Polizisten, die am Dienstag schon ihre Schuldigkeit getan, sind in Bereitschaft, denn die Schutztruppe der Hafenkapitalisten — sie haben buchstäblich auch die Streikbrecher zu „bewachen“ — hat, wie mit geflüstelter Deutlichkeit kundgemacht wird, „strenge Vorschriften“. Nun ist aber folgendes zu sagen: Gemäß sind an den gestrigen blutigen Zusammenstößen mit den Polizisten Streikende beteiligt gewesen — zählt man doch bis jetzt offiziell 20 Verwundete unter ihnen — aber ebenso sicher ist, daß halbwüchsige Jungen von 14 bis 18 Jahren die Agents provocateurs gespielt haben, daß insbesondere von diesen das Subrandstücken der mit Baumwollballen beladenen Wagen, das Anzünden von Baumwollschuppen, das Stürmen von Lastwagen und ähnliche Gewalttaten besorgt wurden. Sprechen doch selbst bürgerliche Blätter von „Gamins“, von Straßenjungen und von jenem Gefindel, das sich das ganze Jahr arbeitslos im Hafen herumtreibt. Die Beteiligung dieser Leute, so begreiflich sie auch genug aus eigenem Antrieb wäre, gibt aber auch noch zu Mutmaßungen aller Art Anlaß. Es sollte Militär her, und was durch die bisherige Haltung der Streikenden nicht möglich war, wurde möglich durch eine Horde Straßenjungen und verkommene Gesellen, die mit dem Streik nichts zu tun hatten. Man hat sich ja auch nicht gecheut, gewisse Gerüchte in Umlauf zu setzen, um die Bevölkerung in Schrecken zu jagen und gegen die Streikenden vorzugeben, aber auch um die von den Unternehmern zum Schutze der Streikbrecher herbeigeschickte militärische Hilfe um so dringender erscheinen zu lassen. So hat man verbreitet, Streikende sollten die Villa des Führers der Unternehmer (Steinmann) stürmen; Streikende sollten die Petroleumreservoirs in Brand stecken! Auch sei der Polizist Verropel an einer Verletzung durch einen von Streikenden geschleuderten Stein gestorben. All das erwies sich als leeres Gerücht — hinterher nämlich. Bei dem Zusammenstoß der Streikenden mit den Polizisten auf dem Plage Schoonbeete am sogenannten alten Bassin schossen die Polizisten in die Menge, nachdem sie mit dem Säbel in der Hand schon vorher alle Künste des „Chargierens“ hatten spielen lassen. Daß es in der aufgeregten, in einer gefährlichen Straßenrennen zusammengedrängten Menge, über deren Köpfe die Säbel blühten, auch zu Steinwürfen gegen die Polizisten kam, wird keine Menschenseele wundern können. Auch später, als die Menge von 3—4000 Streikenden nach dem Canal de l'ancree zog, schossen die Polizisten, die mittlerweile Verstärkung bekommen hatten, in dem Augenblick, als ein vorüberziehender Gewagen von Jungen in Brand gesteckt wurde. Bei diesem Zusammenstoß wurde auch ein Kind von 10 Jahren verwundet. Während des weiteren Kampfes wurden noch eine Frau und etliche Kinder verletzt. — Auch im Laufe des folgenden Vormittags kam es noch zu ernstlichen Zusammenstößen. Die wenigen Schiffe, auf denen gearbeitet wird, sind von einem Regiment der Bürgergarde bewacht. Unter den massenhaft umhergehenden Streikenden sind viele Frauen, die das Spottlied auf die Streikbrecher singen. Gestern ist der Präsident der Unternehmervereinigung vom Arbeitsminister zu sich berufen worden, um ihn über die Situation zu „belehren“. Der „Arbeits“minister erinnert sich etwas spät, daß eine Intervention in einem derartigen Streik auch ein wenig zu seinem Ressort gehört. Aber der Minister soll auch schon wieder erklärt haben, daß er keinen Grund habe, einzugreifen. Wohlgemerkt, nach dem Gespräch mit dem Unternehmerführer. Der heutige „Soir“ bemerkt ausdrücklich, daß die gestrigen Brandlegungen und Ausraubungen von Wagen von Kindern ausgeübt wurden, während die Polizisten gegen die Streikenden „chargierten“. In der heute von 3000 Streikenden besuchten Versammlung protestierten die Führer dagegen, daß man den Streikenden die Verantwortung für die gestrigen Vorfälle aufbürden wolle. Die Streikenden werden die Bevölkerung, die ihnen unentwegt ihre Sympathie zuwendet, über den wahren Sachverhalt und die wahren Schuldigen aufklären und zu dem Zweck Plakate anschlagen lassen. Der Generalkat der belgischen Partei hat an das ganze Land einen Aufruf gerichtet, durch Zuwendung von Mitteln den schweren und gerechten Kampf der Hafenarbeiter zu unterstützen. Es verkennt, daß der Bürgermeister einen neuen Vorschlag zur Lösung des Konfliktes machen will, nach welchem die Streikenden zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden, wogegen die Unternehmer in 3 oder 4 Monaten die Löhne aufbessern sollten. Für heute nach sind zur Bewachung der Petroleumreservoirs und Holzdepots drei Infanterieregimenter angekündigt. Will man aber eine wirkliche Lösung, dann genügt das Militär allein nicht; das werden die Herren Unternehmer auch bald merken und hoffentlich danach handeln. In einem Meeting protestierten Donnerstag mittag die Streikenden lebhaft gegen die Anschuldigung, daß von seiten der Ausschüßigen die Holzlager in Brand gesteckt worden seien. Die Feuersbrunst in der Polder dauerte von Mittwochabend um 5 Uhr bis Donnerstag mittag. Wegen der Lager von Baumwolle, Holz, dem Wind und der Wasserhochstände war große Gefahr. Die Antwerpener, Genet und Brüsseler Feuerwehr griff ein, bis das Feuer endlich fast besiegt war. Der Schaden beträgt

etwa vier Millionen. Militär ist konfigniert. Am Hafen halten drei Bataillone Militär, Polizei und Bürgergarde die Ordnung aufrecht. Die Stadt ist von Menschen überflutet. Drei Brandstifter sind verhaftet. 60 Gendarmen sind angekommen. 650 englische Streikbrecher wurden von der Bürgerwehr bewacht nach Schiffen der Red-Stare-Linie gebracht. Viele Engländer sind abgereist. Die Unternehmerversammlung am Donnerstag hat den Bürgermeistervorschlag wieder abgelehnt. Auf dem Meeting Maska, das von 4000 Arbeitern besucht war, erklärte Chappelle, daß Terwagne 40 000 Frks. Hilfe versprochen habe.

Eine amüsante Einquartierungsgeschichte. Die Militär- und Zivilbehörden sind, besonders im schönen Dreiklassen-Sachsen, in der Regel eifrigt bestrebt, durch rücksichtslose Boykottierung von Gastwirten und Geschäftsleuten, bei denen Sozialdemokraten verkehren, zu verhüten, daß die Mitglieder der bewaffneten Macht mit „Umstürzern“ in nähere Berührung kommen. Die herrschenden Gewalten scheinen für die Marsjünger nicht geringe Befürchtungen zu hegen. Allerdings werden die behördlichen Boykotts auch aus politisch-spekulativen Erwägungen heraus verhängt; man bildet sich ein, die Sozialdemokratie damit bekämpfen zu können. Es gibt nun aber auch sowohl für die Zivil- wie für die Militärbehörden Situationen, in denen sie mit den verhassten „Roten“ gewisse Interessen partieren; z. B. zur Zeit der Manöver, wenn die bewaffnete Macht in Bürgerquartieren untergebracht werden muß. Es gäbe allerdings auch da einen Ausweg, wenn die Behörden sich entschließen würden, nur den königstreuen Bürgern Einquartierung zu geben; die Sozialdemokraten also auch bei solchen Anlässen strikte zu boykottieren. Doch — in solchen Fällen können die Behörden auch anders. Man läßt da die braven Vaterlandsverteidiger — vielleicht mit Zittern und Zagen — bei den „Umstürzern“ einmarschieren. Die schrecklichen „Gefahren“, die sonst angeblich bei einem Verkehr zwischen Sozialdemokraten und Soldaten drohen, bestehen im Falle der Einquartierung anscheinend nicht, sie treten erst nachher wieder auf, wie sie auch vorher bestanden haben sollen. So wurde dieser Tage der Genosse Magen in Wurzen mit der Bekannngabe überrascht, daß auch bei ihm, einem wackechen „Umstürzler“, Soldaten zur Einquartierung kommen werden. Genosse Magen als lokaler Untertan glaubte, daß der Behörde ein Versehen unterlaufen sein muß, weshalb er sie auf die Gefahren aufmerksam machte, die den bei ihm einzuquartierenden Soldaten eventuell drohen können. Er tat das durch diesen an den Stadtrat gerichteten Brief:

Laut einer Mitteilung des Stadtrats zu Wurzen wird dem Unterzeichneten bekannt gegeben, vom 1. bis 6. September 07 Einquartierung nehmen zu müssen. Ich habe hierauf dem Stadtrat mitzuteilen, daß ich dem Soldaten nur ein Zimmer als Wohnraum zur Verfügung stellen kann, welches mit den Bildern von Bebel, Liebknecht, Marx und Lassalle geschmückt und mit sozialdemokratischer Literatur und republikanischen Abzeichen versehen ist. Um nun meinerseits nicht die Disziplin, ebenso auch die staatliche Autorität zu gefährden, fühle ich mich verpflichtet, obige Tatsachen dem Stadtrat mitzuteilen.

Unsere Leier werden nun sicherlich der Meinung sein, daß der Wurzner Stadtrat schleunigst die Einquartierung bei dem Genossen Magen zurückgezogen hat. Weit gefehlt, wie dieses stadträtliche Schreiben beweist:

Auf Ihre kürzliche Mitteilung wird Ihnen erwidert, daß der Stadtrat nicht in der Lage ist, Sie von der Einquartierungspflicht zu befreien. Es empfiehlt sich, die Bilder sozialdemokratischer Führer, welche in dem für den einzuquartierenden Soldaten bestimmten Zimmer sich befinden, für die Dauer der Einquartierung zu entfernen.

Dr. Seegen.
Herr Dr. Seegen ist erster Bürgermeister in Wurzen und außerdem konfervativer Landtagsabgeordneter. Der wohlgemeinte Ratschlag des Bürgermeisters, unser Genosse soll die „gefährlichen“ Bilder entfernen, hat ein ungeheures Gelächter ausgelöst. Befolgt wird natürlich der schöne Ratschlag nicht werden; so daß der wackere Musketier nun die schönste Gelegenheit hat, allabendlich, wenn er sich müde ins Bett legt, oder früh morgens, wenn er sich in die kriegerische Rüstung wirft, die Konterfeis der genannten Sozialistenführer zu bewundern. Und schließlich macht der junge Krieger die Entdeckung, daß es sich selbst in einer so „staatsgefährlichen“ Nachbarschaft ganz vorzüglich ruht, wie dem jungen Naame am Ende auch Gedanken darüber aufstiegen werden, warum er hier auf obrigkeitliche Anordnung gleichsam in der Gemeinschaft von Bebel ufm. seelenruhig schlummern darf, sonst aber die Sozialdemokraten bei Arreststrafe zu meiden hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Die beleidigte Polizei. Genosse Fröhlich vom „Volksblatt“ für Halle wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung der Keilbrauer Polizei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Vorstehender des Gerichts war Ankläger Hoffmann, den unser Genosse als besangenen abgelehnt hatte.

Ein Dresdener Urteil. Der Anarchist Virtner wurde, weil er sich geweigert hatte, gemaltam photographiert zu werden, zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen verurteilt. Als Belastungszeugen traten die Schugleute auf, die ihn zwingen wollten, sich dieser Prozedur zu unterziehen.

Sieben Monate unschuldig im Gefängnis. Im vergangenen Jahre war der frühere Unteroffizier Paul Schmidt vom Landdepot in Altdamm wegen eines angeblich an der damals 13jährigen Helene Bogel begangenen Sittlichkeitsverbrechens vom Oberkriegsgericht zu sieben Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt worden, nachdem er anfangs vom Kriegsgericht freigesprochen worden war. Nach Verbüßung der Strafe in Spandau setzte Schmidt die Wiederaufnahme des Verfahrens durch, und es gelang ihm, den Nachweis zu führen, daß, wenn das Mädchen wirklich gemißbraucht worden war, er nicht der Täter sein konnte. Aber das Mädchen selbst war inzwischen hinfällig seiner Wahrheitsliebe Unvortheilhaftes bekannt geworden. Jetzt wurde nun Schmidt nach mehrtägiger Verhandlung vom Gericht der 3. Division freigesprochen und ihm auch eine seitens der preussischen Kontingentsverwaltung zu zahlende Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe zugewilligt.

Nach 27 Jahren! Wie so mancher Elia-Bohringer hatte im Jahre 1880 ein junger Mann namens Alois Schott nicht Lust, sich beim preussischen Militär drillen zu lassen. Er zog es vor, nach Frankreich zu gehen. In das Staatsverbrechen, sich dem Militärdienst zu entziehen, deutet natürlich heute niemand mehr: so mag sich Schott gefügt haben, als er jetzt nach 27 Jahren als Familienvater und gereifter Mann in seine Heimat zurückkehrte. Aber wenn auch bei allen Menschen die Tat Schotts vergessen worden ist, die Militärbehörde hatte sie nicht vergessen. Sie verhaftete den armen Leufel und das Kriegsgericht in Hagen a. W. verurteilte ihn dieser Tage zu sechs Monaten Gefängnis und Verbüßung in die zweite Klasse des Soldatenbundes. — Nach 27 Jahren!

Soziales und Parteileben.

Fleischer-Verbandsstag. Entsprechend dem Vorschlag der Statutenberatungskommission, der von Boy-Lübeck gemacht wird, wurde der Beitrag von 35 auf 50 Pfg. wöchentlich erhöht. Hierfür soll die Arbeitslosenunterstützung ab 1. Oktober 1908 eingeführt werden. Die Beitragsbefreiung tritt am 1. Januar 1908 in Kraft. 20 Prozent der Beiträge sollen an die Hauptkasse abgeführt werden. Der nächste Verbandsstag findet am 1. Oktober 1910 in Hannover statt. Von den sonstigen Anträgen sind von allgemeinem Interesse: Der Antrag Hamburg und Lübeck „Die Schaffung eines Nahrungsmittel-Industrieverbandes zu erstreben.“ Verbandsvorsitzender Hensel-Berlin erklärte hierzu, daß der Hauptvorstand bezüglich dieser Frage schon mit in Betracht kommenden Organisationen konferiert habe; man sei einen großen Schritt diesem Ziele näher gekommen. Der Hauptvorstand tue sein möglichstes, um die Gründung eines Nahrungsmittel-Industrieverbandes baldigst herbeizuführen. Die Verwaltungsjahre Lübeck beantragt, jeden Herbst ein bis zwei Kollegen an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen teilnehmen zu lassen. Dieser, sowie obiger Antrag werden dem Hauptvorstand überwiesen. — Die internationalen Beziehungen haben sich wesentlich gebessert. Die bisherigen Beamten wurden wiedergewählt. Nach Festsetzung der Gehälter und Diäten — 12 Mk. täglich außer Lohnentschädigung — wurde der Verbandsstag geschlossen.

Gärtner-Generalversammlung. Nach einem Referat über Organisation und Agitation wurden mehrere der Agitation dienende Anträge angenommen. Der Beitrag bleibt 35 Pfg., jedoch sollen Ortszuschläge erhoben werden. Jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren und Arbeiterinnen zahlen 25 Pfg. Bei den Beiträgen von 35 Pfg. kann der Hauptvorstand acht Wochen lang pro Jahr Extrabeiträge erheben. Als neue Unterstützung wird die Kranken- und Sterbeunterstützung eingeführt. Die Sterbeunterstützung tritt nach 5 Jahren Mitgliedschaft in Kraft, beträgt dann 50 Mk., nach 8 Jahren 75 Mk., nach 10 Jahren 100 Mk. Beim Todesfall der Ehefrau wird die Hälfte der Unterstützung gezahlt. Die Streikunterstützung wird nach einer Karenzzeit von drei Tagen vom vierten Tage ab gezahlt. Sie kann durch Ortszuschläge bis zu 12 Mk. für Lebende und 14 Mk. für Verheiratete und für Kinder auf 75 Pfg. erhöht werden. Die Diäten sind einheitlich auf 8 Mk. und Lohnentschädigung festzusetzen. Zur Maifeier fand folgende Resolution Annahme: Die Generalversammlung beschließt, den Mitgliedern nur dort eine allgemeine Arbeitsruhe zu empfehlen, wo dies ohne Schädigung der Beteiligten und der Organisation möglich ist. Die Organisation kann nach Lage der Verhältnisse Unterstützungen an die wegen Beteiligung an der Maifeier ausgesperrten Mitglieder nicht gewähren. — Die Generalversammlung soll fortan nur alle 3 Jahre stattfinden. Ein Streik kann nur mit 2/3 Majorität beschlossen werden. Die Generalkommission soll ersucht werden, die Landarbeiterfrage als besonderen Punkt auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zu behandeln. Nach Vornahme der Wahlen, bei denen der 1. und 2. Vorsitzende ihre Posten wechseln und bei denen ferner 7 anstatt, wie bisher, 5 Hauptvorstandsmitglieder gewählt wurden, erfolgte Schluß der Generalversammlung.

Die fünfte internationale Gewerkschaftskonferenz wird am 15. und 16. September in Christiania abgehalten werden. Vertreten werden die gewerkschaftlichen Landesorganisationen in Schweden, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Italien, Schweiz und Norwegen sein. Die Konferenz wird eine Reihe von Fragen, die die internationale Organisation betreffen, zu erledigen haben. Von Italien liegt ein Vorschlag vor, die Auswanderung durch die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung zu regulieren. Norwegen wünscht, daß die Organisation der Seeleute besprochen wird. Schweden hat angeregt, die Frage zu besprechen, inwiefern Vorbeugungsmaßnahmen gegen den Import von Streikbrechern zu schaffen sind. Deutschland will das Verbot der Anwendung von gesundheitsgefährlichen Stoffen in der Industrie in die Verhandlungen mit einbezogen wissen. Dänemark hat die Besprechung der Gegenseitigkeit zwischen den Organisationen der einzelnen Länder in Anregung gebracht.

Vom Trade-Unions-Kongress. Am Freitag nahm der Kongress einstimmig die Resolution an, in der verlangt wird, daß im nächsten Budget eine Alterspension von wöchentlich fünf Schilling für alle Sechzigjährigen vorgesehen werde. Das parlamentarische Bureau wurde angewiesen, in eine lebhafteste Agitation dafür einzutreten. Ebenfalls angenommen wurde die Resolution zugunsten der achtstündigen Arbeitszeit in Bergwerken und anderen Industriezweigen. Eine Resolution, welche das Prinzip der Anrufung eines Schiedsgerichts in gewerkschaftlichen Streitigkeiten ausspricht, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso verwarf der Kongress eine Resolution, die verlangt, daß die Streitigkeiten einem Vermittlungsausschuss unterbreitet werden sollen, bevor ein Streik erklärt würde. Sonabend wurde der Kongress nach Annahme einer Resolution geschlossen, durch die die Regierung aufgefordert wird, die Frage der Arbeitslosen dadurch zu regeln, daß sie unter Reorganisation der Industrie auf genossenschaftlicher Basis den Arbeitslosen dauernd Arbeit verschafft.

Die Lohnbewegung im Niederlausitzer Braunkohlenrevier. Nachdem die Unternehmer durch ihre Halsstarrigkeit die Empörung bis zur Siedehitze gesteigert, versuchen sie durch an die bürgerliche Presse versandte Majestätsbriefe die ganze Bewegung als „sozialdemokratische Mache“ den Behörden zu denunzieren. Vor allem sollen allein die Löhne im letzten Jahre um 18 Prozent gestiegen sein. Demgegenüber steht fest, daß einer unwesentlichen Lohnsteigerung eine ganz gewaltige Steigerung der Arbeitsleistung gegenübersteht! Der Handelskammerbericht von Cottbus zeigt über die Förderung in der Niederlausitzer Braunkohlen- und Zementindustrie folgendes Bild:

	Förderung in Hektolitern	Briketts in Tonnen	Arbeiterzahl
Im Jahre 1901	136 936 114	2 612 439	11 619
„ 1902	134 753 747	2 707 845	10 222
„ 1903	155 307 145	3 924 805	10 369
„ 1906	171 903 019	3 799 345	10 538

Von 1901 bis 1906 hat sich demnach die Förderung ganz wesentlich erhöht, während die Arbeiterzahl gesunken ist! Von 1901 bis 1906 vermehrten sich die Brikettfabriken um 1,6; die Förderung stieg um 10 und die Fabrikation von Briketts um 14,26 Prozent. Gegenüber der Behauptung, die Löhne betrügen pro Schicht 5 und 6 Mk., stellen die Vergleiche folgende Statistik auf: Die Löhne schwanken zwischen 4,80—3,40 Mk. auf Grube Verta, Görlitz 2,90—3,00 Mk., Ife 3,10—3,70 Mk., Mariannengrube 2,70—3,50 Mk., Alara-Welzow 3,00—3,30 Mk. Jugendliche Arbeiter 1,60—2,00 Mk. Weibliche Arbeiter 1,50 bis 1,90 Mk. Vorstehende Löhne beziehen sich auf die 12stündige Schicht. Daß die Unternehmer glänzende Geschäfte gemacht haben, beweisen folgende „Entbehrungslöhne“: Die Niederlausitzer Kohlenwerke verteilten bei einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark 600 000 Mk. Dividende und schrieben 750 000 Mk. ab. Sie „verdienen“ also in einem Jahre

22 1/2 Proz. des Anlagekapitals. Die Dividende der Gesellschaft „Ife“, welche für das Revier maßgebend ist, stieg in den Jahren 1903—1906 um jährlich Hunderttausende, von 12 auf 18 Proz. Nebenbei erhielten die Aufsichtsräte 231 485 Mk. Lohntiere für ihre „Mühe“. Fest steht, daß die Löhne am niedrigsten sind, während die Gesellschaften in Gold schwimmen. Darum auch der Progenstandpunkt. Die für die Förderung in Frage kommenden Arbeiter sind gut organisiert und die Massen sehen dem Kampf mit Ruhe entgegen.

Zur Lohnbewegung in der Badischen Amilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Am Mittwoch fanden Verhandlungen zwischen dem Zentralvorstand und dem Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes, Genossen Regener, einerseits und dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Rechtsrat Dr. Müller, andererseits in Gegenwart des Regierungspräsidenten, der in der Angelegenheit der Lohnbewegung intervenieren wird, statt. Die Unterredung hat über eine Stunde gedauert. Die Fabrikleitung hat erklärt, sie erwäge, eine Lohnherabsetzung von 7 Prozent eintreten zu lassen, wenn die Arbeiter — auf die Bergünstigung der Wohlfahrtseinrichtungen verzichten. Die Aufwendungen der Fabrik für diese Wohlfahrtseinrichtungen machen nämlich 7 Prozent der gesamten Lohnsumme aus. Diese Bedingung würde die Erfüllung der Arbeiterwünsche direkt illusorisch machen, wenn darauf eingegangen würde. Um dem Fortgang der Verhandlungen indes nicht hinderlich zu sein, hat man sich seitens des Fabrikarbeiterverbandes zu einer vorläufigen Erklärung insofern bereit erklärt, als man einer direkten Verhandlung der Fabrikleitung mit den Arbeitern, konform dem seinerzeit in der Fabrik angeschlagenen Aktas, nichts in den Weg legen will.

Der Hasenarbeiterstreik in Antwerpen. Der „Vorwärts“ berichtet unterm 4. September aus Antwerpen: Der Wunsch der Unternehmer ist erfüllt: Seit gestern erfreut sich der Antwerpener Hafen militärischen Schutzes. Die Waffens, die am Dienstag nachmittag der Schauplatz von Straßenkämpfen waren, sind mit den Regimenten der Bürgergarde besetzt, herrliche Genarmen patrouillieren an den Kais und auch die Revolver der Polizisten, die am Dienstag schon ihre Schuldigkeit getan, sind in Bereitschaft, denn die Schutztruppe der Hasenkapitalisten — sie haben buchstäblich auch die Streikbrecher zu „bewachen“ — hat, wie mit geflüstelter Deutlichkeit fundgemacht wird, „strenge Vorschriften“. Nun ist aber folgendes zu sagen: Gewiß sind an den gestrigen blutigen Zusammenstößen mit den Polizisten Streikende beteiligt gewesen — zählt man doch bis jetzt offiziell 20 Verwundete unter ihnen — aber ebenso sicher ist, daß halbwüchsige Jungen von 14 bis 18 Jahren die Agents provocateurs gespielt haben, daß insbesondere von diesen das Inbrandstecken der mit Baumwollballen beladenen Wagen, das Anzünden von Baumwollschuppen, das Stürmen von Lastwagen und ähnliche Gewalttaten besorgt wurden. Sprechen doch selbst bürgerliche Blätter von „Gamin“, von Straßenjungen und von jenem Gesindel, das sich das ganze Jahr arbeitslos im Hafen herumtreibt. Die Beteiligung dieser Leute, so begreiflich sie auch genug aus eigenem Antrieb wäre, gibt aber auch noch zu Mutmaßungen aller Art Anlaß. Es sollte Militär her, und was durch die bisherige Haltung der Streikenden nicht möglich war, wurde möglich durch eine Horde Straßenjungen und verkommene Gesellen, die mit dem Streik nichts zu tun hatten. Man hat sich ja auch nicht gekümmert, gewisse Gerüchte in Umlauf zu setzen, um die Bevölkerung in Schrecken zu jagen und gegen die Streikenden vorzugehen, aber auch um die von den Unternehmern zum Schutze der Streikbrecher herbeigeschickte militärische Hilfe um so dringender erscheinen zu lassen. So hat man verbreitet, Streikende sollten die Villa des Führers der Unternehmer (Steinmann) stürmen; Streikende sollten die Petroleumreservoirs in Brand stecken! Auch sei der Polizist Verloopel an einer Verletzung durch einen von Streikenden geschleuderten Stein gestorben. All das erwies sich als leeres Gerücht — hinterher nämlich. Bei dem Zusammenstoß der Streikenden mit den Polizisten auf dem Plage Schoonbeek am sogenannten alten Bassin schossen die Polizisten in die Menge, nachdem sie mit dem Säbel in der Hand schon vorher alle Künste des „Chargierens“ hatten spielen lassen. Daß es in der aufgeregten, in einer gefährlichen Straßenzugung zusammengedrängten Menge, über deren Köpfe die Säbel blühten, auch zu Steinwürfen gegen die Polizisten kam, wird keine Menschenseele wundern können. Auch später, als die Menge von 3—4000 Streikenden nach dem Canal de l'ancree zog, schossen die Polizisten, die mittlerweile Verstärkung bekommen hatten, in dem Augenblick, als ein vorüberziehender Heumagen von Jungen in Brand gesteckt wurde. Bei diesem Zusammenstoß wurde auch ein Kind von 10 Jahren verwundet. Während des weiteren Kampfes wurden noch eine Frau und etliche Kinder verletzt. — Auch im Laufe des folgenden Vormittags kam es noch zu ersten Zusammenstößen. Die wenigen Schiffe, auf denen gearbeitet wird, sind von einem Regiment der Bürgergarde bewacht. Unter den massenhaft umhergehenden Streikenden sind viele Frauen, die das Spottlied auf die Streikbrecher singen. Gestern ist der Präsident der Unternehmervereinigung vom Arbeitsminister zu sich berufen worden, um ihn über die Situation zu belehren. Der „Arbeitsminister“ erinnert sich etwas spät, daß eine Intervention in einem derartigen Streik auch ein wenig zu seinem Ressort gehört. Aber der Minister soll auch schon wieder erklärt haben, daß er keinen Grund habe, einzugreifen. Wohl gemerkt, nach dem Gespräch mit dem Unternehmerführer. Der heutige „Soir“ bemerkt ausdrücklich, daß die gestrigen Brandlegungen und Ausraubungen von Wagen von Kindern ausgeübt wurden, während die Polizisten gegen die Streikenden „chargierten“. In der heute von 3000 Streikenden besuchten Versammlung protestierten die Führer dagegen, daß man den Streikenden die Verantwortung für die gestrigen Vorfälle aufbürden wolle. Die Streikenden werden die Bevölkerung, die ihnen unentwegt ihre Sympathie zuwendet, über den wahren Sachverhalt und die wahren Schuldigen aufklären und zu dem Zweck Plakate anschlagen lassen. Der Generalkontrakt der belgischen Partei hat an das ganze Land einen Aufruf gerichtet, durch Zumdung von Mitteln den schweren und gerechten Kampf der Hasenarbeiter zu unterstützen. Es verlangt, daß der Bürgermeister einen neuen Vorschlag zur Lösung des Konfliktes machen will, nach welchem die Streikenden zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden, wogegen die Unternehmer in 3 oder 4 Monaten die Löhne aufbessern sollten. Für heute nacht sind zur Bewachung der Petroleumreservoirs und Holzdepots drei Infanterieregimenter angeordnet. Will man aber eine wirkliche „Lösung“, dann genügt das Militär allein nicht; das werden die Herren Unternehmer auch halb merken und hoffentlich danach handeln. In einem Meeting protestierten Donnerstag mittag die Streikenden lebhaft gegen die Anschuldigung, daß von seiten der Ausschüssigen die Holzlager in Brand gesteckt worden seien. Die Feuersbrunst in der Polver dauerte von Mittwoch abend um 5 Uhr bis Donnerstag mittag. Wegen der Lager von Baumwolle, Holz, dem Sand und der Wasserfahrzeuge war große Gefahr. Die Antwerpener, Genier und Brüsseler Feuerwehr griff ein, bis das Feuer endlich fast besiegt war. Der Schaden beträgt

etwa vier Millionen. Militär ist konfigniert. Am Hafen halten drei Bataillone Militär, Polizei und Bürgergarde die Ordnung aufrecht. Die Stadt ist von Menschen überflutet. Drei Brandstifter sind verhaftet. 60 Genarmen sind angekommen. 650 englische Streikbrecher wurden von der Bürgerwehr bewacht nach Schiffen der Red-Stare-Linie gebracht. Viele Engländer sind abgereist. Die Unternehmerversammlung am Donnerstag hat den Bürgermeister vorschlag wieder abgelehnt. Auf dem Meeting Masika, das von 4000 Arbeitern besucht war, erklärte Chappelle, daß Terwagne 40 000 Frks. Hilfe versprochen habe.

Eine amüsante Einquartierungs-geschichte. Die Militär- und Zivilbehörden sind, besonders im schönen Dreiklassen-Sachsen, in der Regel eifrig bestrebt, durch rücksichtslose Boykottierung von Gastwirten und Geschäftsleuten, bei denen Sozialdemokraten verkehren, zu verhindern, daß die Mitglieder der bewaffneten Macht mit „Umstürzern“ in nähere Berührung kommen. Die herrschenden Gewalten scheinen für die Marschierer nicht geringe Befürchtungen zu hegen. Allerdings werden die behördlichen Boykotts auch aus politisch-pekuniären Erwägungen heraus verhängt; man bildet sich ein, die Sozialdemokratie damit bekämpfen zu können. Es gibt nun aber auch sowohl für die Zivil- wie für die Militärbehörden Situationen, in denen sie mit den verhassten „Roten“ gewissermaßen paktieren; z. B. zur Zeit der Manöver, wenn die bewaffnete Macht in Bürgerquartieren untergebracht werden muß. Es gäbe allerdings auch da einen Ausweg, wenn die Behörden sich entschließen würden, nur den königstreuen Bürgern Einquartierung zu geben; die Sozialdemokraten also auch bei solchen Anlässen strikte zu boykottieren. Doch — in solchen Fällen können die Behörden auch anders. Man läßt da die braven Vaterlandsverteidiger — vielleicht mit Zittern und Zagen — bei den „Umstürzern“ einmarschieren. Die schrecklichen „Gefahren“, die sonst angeblich bei einem Verkehr zwischen Sozialdemokraten und Soldaten drohen, bestehen im Falle der Einquartierung anscheinend nicht, sie treten erst nachher wieder auf, wie sie auch vorher bestanden haben sollen. So wurde dieser Tage der Genosse Maxen in Wurzen mit der Bekanntgabe überrascht, daß auch bei ihm, einem waschechten „Umstürzler“, Soldaten zur Einquartierung kommen werden. Genosse Maxen als loyaler Untertan glaubte, daß der Behörde ein Versehen unterlaufen sein muß, weshalb er sie auf die Gefahren aufmerksam machte, die den bei ihm einzuquartierenden Soldaten eventuell drohen können. Er tat das durch diesen an den Stadtrat gerichteten Brief:

Laut einer Mitteilung des Stadtrats zu Wurzen wird dem Unterzeichneten bekannt gegeben, vom 1. bis 6. September 07 Einquartierung nehmen zu müssen. Ich habe hierauf dem Stadtrat mitzuteilen, daß ich dem Soldaten nur ein Zimmer als Wohnraum zur Verfügung stellen kann, welches mit den Bildern von Bebel, Liebknecht, Marx und Lassalle geschmückt und mit sozialdemokratischer Literatur und republikanischen Abzeichen versehen ist. Um nun meinerseits nicht die Disziplin, ebenso auch die staatliche Autorität zu gefährden, fühle ich mich verpflichtet, obige Tatsachen dem Stadtrat mitzuteilen.

Unsere Leser werden nun sicherlich der Meinung sein, daß der Wurzener Stadtrat schleunigst die Einquartierung bei dem Genossen Maxen zurückgezogen hat. Weit gefehlt, wie dieses stadträtliche Schreiben beweist:

Auf Ihre kürzliche Mitteilung wird Ihnen erwidert, daß der Stadtrat nicht in der Lage ist, Sie von der Einquartierungspflicht zu befreien. Es empfiehlt sich, die Bilder sozialdemokratischer Führer, welche in dem für den einzuquartierenden Soldaten bestimmten Zimmer sich befinden, für die Dauer der Einquartierung zu entfernen.

Herr Dr. Seegen ist erster Bürgermeister in Wurzen und außerdem konservativer Landtagsabgeordneter. Der wohlgemeinte Ratsschlag des Bürgermeisters, unser Genosse soll die „gefährlichen“ Bilder entfernen, hat ein ungeheures Gelächter ausgelöst. Befolgt wird natürlich der schöne Ratsschlag nicht werden; so daß der wackere Musikant nun die schönste Gelegenheit hat, allabendlich, wenn er sich müde ins Bett legt, oder früh morgens, wenn er sich in die kriegerische Rüstung wirft, die Kontersel der genannten Sozialistenführer zu bewundern. Und schließlich macht der junge Krieger die Entdeckung, daß es sich selbst in einer so „katastrophalen“ Nachbarschaft ganz vorzüglich ruht, wie dem jungen Manne am Ende auch Gedanken darüber aufsteigen werden, warum er hier auf obrigkeitliche Anordnung gleichsam in der Gemeinschaft von Bebel umfehlend schlummern darf, sonst aber die Sozialdemokraten bei Arreststrafe zu meiden hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Die beleidigte Polizei. Genosse Fröhlich vom „Volksblatt“ für Halle wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung der Kelbraer Polizei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Vorsitzender des Gerichts war Amtsrichter Hoffmann, den unser Genosse als besangenen abgelehnt hatte.

Ein Breslauer Urteil. Der Anarchist Dittner wurde, weil er sich geweigert hatte, gewaltsam photographiert zu werden, zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen verurteilt. Als Belastungszeugen traten die Schulleute auf, die ihn zwingen wollten, sich dieser Prozedur zu unterziehen.

Sieben Monate unschuldig im Gefängnis. Im vergangenen Jahre war der frühere Unteroffizier Paul Schmidt vom Traindepot in Altdamm wegen eines angeblich an der damals 13jährigen Helene Vogel begangenen Sittlichkeitsverbrechens vom Oberkriegsgericht zu sieben Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt worden, nachdem er anfangs vom Kriegsgericht freigesprochen worden war. Nach Verbüßung der Strafe in Spandau setzte Schmidt die Wiederaufnahme des Verfahrens durch, und es gelang ihm, den Nachweis zu führen, daß, wenn das Mädchen wirklich gemißbraucht worden war, er nicht der Täter sein konnte. Über das Mädchen selbst war inzwischen hinsichtlich seiner Wahrheitsliebe Unvortheilhaftes bekannt geworden. Jetzt wurde nun Schmidt nach mehrjähriger Verhandlung vom Gericht der 3. Division freigesprochen und ihm auch eine seitens der preussischen Kontingentsverwaltung zu zahlende Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe zugesprochen.

Nach 27 Jahren! Wie so mancher „Schlag-Lothringer“ hatte im Jahre 1880 ein junger Mann namens Alois Schott nicht Lust, sich beim preussischen Militär drillen zu lassen. Er zog es vor, nach Frankreich zu gehen. An das Staatsverbrechen, sich dem Militärdienst zu entziehen, denkt natürlich heute niemand mehr; so mag sich Schott gefügt haben, als er jetzt nach 27 Jahren als Familienvater und gereifter Mann in seine Heimat zurückkehrte. Aber wenn auch bei allen Menschen die That Schotts vergessen worden ist, die Militärbehörde hatte sie nicht vergessen. Sie verhaftete den armen Teufel und das Kriegsgericht in Pagen an verurteilte ihn dieser Tage zu sechs Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. — Nach 27 Jahren!

Weinbau. Die Strafkammer in Landau (Pfalz) verurteilte die Winzer Geing, Reher, Barth und Biebler aus Rhoß wegen Weinfälschung, Geing und Reher zu je einem Monat Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe, Barth zu einem Monat Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe und Biebler zu 600 Mk. Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Ein neuer Eisenbahn-Anschlag. Wie die „Söldauer Zeitung“ meldet, waren, als Sonnabend abend gegen 6½ Uhr der Zug 760 auf der Fahrt von Meidenburg nach Söldau ungefähr bei der Station Schläffen sich befand, vier große Eisenbahnwellen und mehrere Bretter quer über die Schienen gelegt. Der Lokomotivführer, der das Hindernis noch rechtzeitig bemerkte, vermochte den Zug kurz vor demselben zum Stehen zu bringen, sodaß ein Unglück verhütet wurde. Die Täter, dem Vernehmen nach halbwüchsige Burken, wurden verfolgt, konnten aber nicht ergriffen werden.

Eingestürztes Gerüst. Drei Bauarbeiter stürzten infolge Gerüstbruchs in Dortmund ab; einer wurde schwer, die beiden anderen leichter verletzt.

Wieder Einmal! In Oberhausen wurde der Stadt-Rentmeister Kumpff wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von 32000 Mk. verhaftet. Der Verhaftete legte teilweise ein Geständnis ab. 13000 Mk. werden durch Kaution gedeckt.

Schändlich. Fünf Italiener, die kürzlich unter dem Verdacht verhaftet worden waren, den dreifachen Raubmord an den Eheleuten Naaf und einer Verwandten in Bonn begangen zu haben, haben die Tat eingestanden.

Zeitgenossenschaft. Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich auf dem Frankfurter Rangierbahnhof hinter dem Güterbahnhof. Beim Rangieren der Züge rissen sich einige Wagen los und liefen auf ein totes Gleis, auf welchem verschiedene andere Wagen standen. Auf einem der letzteren befand sich der 29jährige Arbeiter Deffar aus Floersheim. Er wollte noch schnell von dem Wagen herabspringen, geriet aber in demselben Augenblick zwischen beide Schiebetüren. Der Kopf des Unglücklichen wurde vollkommen zerquetscht, der Tod trat auf der Stelle ein. Ein zweiter Betriebsbeamter erlitt leichtere Verletzungen.

Moderne Habengelder. Ichr euphemistisch Stellenvermittler genannt, machen sich kein Gewissen daraus, durch unwahre Angaben Arbeiter irgendwo anzumerken und sie dann weit in die Lande zu schicken nach fremden Orten, wo die Arbeiter für sich und ihre Familie eine bessere, sichere Existenz zu finden hoffen, um zu spät dann zu erkennen, daß alles Hoffen vergeblich war, und daß von der ganzen Affäre nur der Stellenvermittler den Vorteil hatte. Sehr häufig kommt es vor, daß diese Burken viele Leute für ein ferngelegenes Werk anwerben, ihre Vermittlergebühr einziehen und die Leute dann reiten lassen, obwohl sie entweder gar keinen Auftrag zum Anwerben, oder nur zum Anwerben einer kleinen Zahl hatten. Einen solchen Fall meldet das „Kölnische Volksblatt“ vom 1. d. M. aus Hamburg: Seit einigen Wochen hatten die Bergwerksnormalungen in Oberhausen durch Agenten Arbeiter für die Bergwerke anwerben lassen. Vor vier Wochen ging bereits ein Transport ab. Am Dienstag morgen 7 Uhr fanden sich auf der Station Hammel 50 bis 100 Bergleute, einschließlich Familien, ein, um nach Sachsen reisen zu werden. Sie waren von einem Agenten Köhler angeworben. Fünfzig Bergleute des Nachbarn, die die Bergwerke anwerben lassen, vor vier Wochen ging bereits ein Transport ab. Am Dienstag morgen 7 Uhr fanden sich auf der Station Hammel 50 bis 100 Bergleute, einschließlich Familien, ein, um nach Sachsen reisen zu werden. Sie waren von einem Agenten Köhler angeworben. Fünfzig Bergleute des Nachbarn, die die Bergwerke anwerben lassen, vor vier Wochen ging bereits ein Transport ab.

Die Verzeihung eines Vaters wird aus Semlin (Kroatische) gemeldet. Der Steueramtsdiener Nikolaus Lorek erkrankte seine vier Kinder mit der Cholera auf gefährliche Weise. Er ließ sich alsdann mit einem Gewehr in die Brust und Kopf schießen. Lorek war verheiratet und bildete sich ein, daß auch seine Kinder mit dieser Krankheit befallen seien.

Von der Fräuleinacht zur — rohen Tierquälerei. In demselben Tierquälerei hatte sich ein Aussteller in Semlin zu schämen kommen lassen. Es wird darüber geschrieben: Auf einer Geflügelausstellung in der meiningischen Stadt Semlin wurden dem Holzschneider Adolf Krogemann aus Schönbühl Ausstellungspreise für Gähne geschenkt. Da die Preisrichter aber schon böse Erfahrungen gemacht hatten, wurde — nach Bekanntgabe der Urtheile — von dem Hochwürden Untersuchungen auf unzureichende Manipulationen (gefälschte Federn u.) vorgenommen. Als sie diese Vorgehensweise untersuchten, entdeckten sie, daß der Aussteller um für seine fabelhaften Tiere Preise zu erlangen, solche Vögel dem Thierlich eingerügt und diese mit Strecknadeln in dem Hals der armen Tiere befestigt hatte. Solche Vögel waren zur Verbergung der „Stillschwänze“ tierquälerei Vorrichtungen (Häufiger Art an den Ausstellungen) in Semlin getrieben worden. Die Preisrichter stellten Strafantrag gegen ihn wegen Betrugs und Tierquälerei. Das Schöffengericht in Semlin verurteilte Krogemann zu sechs Wochen Gefängnis. In der Berufungsinstanz vor der zweiten Kammer in Meiningen wurde die Strafe, da es sich nach Ansicht der Richter nur um einen Betrugsversuch (!) handelte, auf drei Wochen Gefängnis ermäßigt.

Tollkühnen ramanisches Militär. Offiziere und Soldaten des 24. ungarischen Honved-Infanterieregiments trafen in dem rumanischen Dorfchen Land eine Weigele an. Da zunächst die Vorgänge teils abgelehnt, teils falsch dargestellt wurden, hat der Reichstags-Abgeordnete Dr. Mann an Ort und Stelle Erkundigungen eingeholt. Seine Schilderung der Vorgänge bekräftigt nur die bisherigen Meldungen und ist zugleich eine Kennzeichnung des rumanischen Militärs überhaupt. Manu schreibt: Am 21. August um 9 Uhr morgens, rückte das 24. Honved-Infanterieregiment in Ploesti ein. In der griechisch-katholischen Volksschule wurde die Offiziersmesse infiziert, wo die Offiziere von Mittag bis halb sieben Uhr abends zehnten. Gegen 1½ Uhr nachmittags fand sich die Dorfgemeinde im Hofe des Schulgebäudes zum gewöhnlichen Sonntagsmahl, zum Lärm ein. Es ging ganz gemächlich zu und nach Sonnenuntergang friedlich unter die Lärzer. Um 8 Uhr abends wurde die Straße vor der Schule als Tanzboden benutzt. Gegen 9½ Uhr betrat der Kantor János Barta den Hof der Schule. Eben trat der Hauptmann Jakob aus der Offiziersmesse und schrie, auf Barta zu: „Barta! Barta! Zwei Infanteristen packen den Kantor, auf den der Hauptmann mit Kanonen einzieht; dann schlingen auch die Soldaten auf den Mann los und schoben ihn herum auf die Straße, wo Barta zu Boden fiel. Bei diesem Anblick hörte der Tanz auf; die Soldaten landeten sich von den Tanzenden ab und stellten sich vor der Schule auf, die Bauern auf der anderen Seite der Straße. Man begab sich der Gemeindevater Gregor Guntan und der Dorfrichter Alexander Török zum Tor des Schulgebäudes, um den auf dem Boden liegenden, jämmerlich verzerrten Barta aufzuheben; aber Hauptmann Jakob drückte wieder auf den Mann los, der nochmals niederkam. Auf der Menge schritt jetzt der Bauer János János auf die Kanoniere zu, worauf man jetzt mit der Kanoniere und der Dorfrichter Török, die den János mit Kanonieren vertrieben. Damit schloß die Sache ab. Die schreckliche Barmherzigkeit zog sich zu dem am 30. Schritte entfernten Gemeindevaterhaus zurück, wo man sie haben blieb. Der Gemeindevater redete

Stamm geschick! In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr. In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr. In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr.

Der letzte Akt. In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr. In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr.

Der Gemeindevater redete den Leuten zu, nach Hause zu gehen. Diese waren auch hierzu geneigt, antworteten aber, sie fürchteten, auf dem Wege von den plötzlich feindselig auftretenden Soldaten niedergestochen zu werden. Um ihnen zu zeigen, wie unbegründet ihre Furcht sei, nahm der Gemeindevater den Bauern Leonte Cipariu beim Arm und führte ihn über die Straße nach seinem Hause zu. Kaum waren sie jedoch vor der Schule angelangt, so fielen die Soldaten über den Cipariu her; einer verfehlte ihm mit dem Bajonett drei wuchtige Stöße über den Kopf, daß er bewußtlos in den Straßengraben fiel, die anderen verfehlten dem Bewußtlosen Fußtritte. Jetzt wurde Mann gelassen und drei Offiziere mit der Bereitschaft eilten auf das Gemeindevaterhaus zu. Die entsetzte Menge flüchtete in das Wirtshaus, die Soldaten hinterdrein, rechts und links Kolbenstöße austeilend. Auch die Offiziere kamen nach und auf das Jammern des Wirtes, daß ihm alles zertrümmert werde, antworteten sie, er möge alles notieren, der Schaden werde ihm ersetzt werden. Und nun begann das Gemetzel. Die Honvedsoldaten setzten den flüchtenden Dorfbewohner nach, hauend und stechend, wen sie erreichen konnten, Frauen, Kinder und Greise nicht schonend. So kam ihnen auf seinem Fuhrwerk ahnungslos der Bauer János Sonica entgegen; er wurde vom Wagen herabgezerrt und ihm mit einem Streich die Schädeldecke gespalten, daß das Gehirn herausrat. Auch in die Häuser drangen die Soldaten ein, so unter anderem in den Hof des Georg Zerics, dessen Weib sie mit den Bajonetten in die Seite und in den Bauch stachen, desgleichen deren Schwägerin Marie Campian. Beiden Frauen traten die Gedärme heraus. Das waren drei tödlich Verwundete. Außerdem wurden schwer verwundet: Leonte Cipariu, János Borgia, János Brasilorenau, Lia Soacita, Anton Grimie und Pavel Duca. Diesem wurde, als er eben sein niederes Haustor vor den mordgierigen Honveds schließen wollte, über das Tor hinweg ein Bajonettstich in den Kopf verlegt. Leichter verletzt wurden etwa dreißig Personen.

Von Wilhelm II., Karl dem Großen und einem Tapetenmuster. Vor mehr dem Jahresfrist wurde auf Veranlassung Wilhelm II. das Grab Karls des Großen im Dom zu Aachen geöffnet und es wurden die Decken, in die die Gebeine Karls des Großen gewickelt sind, herausgeholt, um ihrer historischen Wertvolle Mühen wegen photographiert zu werden. Die eine Decke zeigte ein Elefantenmuster und gilt als Arbeit byzantinischer Seidenweberei aus dem 11. Jahrhundert, während die andere mutmaßlich durch sarrazenische Seidenwirker, die ihr Kunstgewerbe im 12. und 13. Jahrhundert zu Palermo ausübten, gefertigt wurde. Die Tapetenfirma Winkelman in Leipzig hat nun nach Kopien der Deckenmuster Tapeten herstellen lassen und bringt diese, natürlich zu nicht ganz billigen Preisen, in den Handel. So kam es, daß zwei Kaiser zu wirksamen Förderern des ehrsamten Tapeziergewerbes wurden.

geratenen durch einen Revolverbeschuß tot nieder und begab sich dann in den Garten an den Teich, wo sie mit der gleichen Waffe Selbstmord verübte.

Entdecker Anschlag. Aus Toulon wird der „Liberte“ telegraphiert, daß Reservisten, die das Fort Artigues bewachten, eine zwölf Meter lange Zündschnur entdeckten, deren äußerstes Ende unter das Tor einer Kasematte gelegt war, in der Pulver lagert. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Wort und Selbstmord. Der dem Trunke ergebene, mit seiner Frau in Unfrieden lebende Hausbesitzer Zettl in Landau (Pfalz) tötete im Streit seine Frau und erschoss sich dann.

Großfeuer. Nach einer Meldung aus Wittenberge brach in Rosensdorf bei Lenzen a. d. Elbe ein Feuer aus. Von den 23 Gehöften des Dorfes waren 20 in kurzer Zeit ein Raub der Flammen. Menschenleben sind nicht zu beklagen, dagegen sind die ganzen Erntevorräte und viel Vieh verbrannt.

Seinen Verletzungen erlegen ist der russische Graf Kamarowski in Venedig, auf den am 4. September ein Mordanschlag verübt wurde.

50 Personen verschüttet. Durch eine Lawine wurde ein Zollhaus auf dem Juncal in den Cordillern mit 50 Personen, die sich in dem Hause befanden, verschüttet.

Was ein Oberleutnant nicht sungen darf. In den letzten Tagen machte in Budapest eine Militärkapelle unliebsames Aufsehen. Wegen Abingung von Kosuth-Liedern wurde der Oberleutnant Stephan Balazs vom 46. Infanterieregiment degradiert.

Ein fürchterliches Familiendrama. Aus Budapest wird gemeldet: In der Ortschaft Bardocz spielte sich gestern nacht eine schreckliche Tragödie ab. Der Burche Johann Sugar erschlug mit einer Hacke seine Mutter, seine Schwester und das einjährige Kind dieser, weil sie nicht einwilligen wollten, daß er die Tochter einer Nachbarin heirate; die Mutter drohte ihm, ihn in diesem Falle zu erlösen. Der Mörder selbst warf sich dann vor einen heranbrausenden Zug, der ihn zermalmete.

Zu dem Eisenbahn-Unglück bei Lemberg wird gemeldet, daß acht Personen den Tod gefunden haben und eine bisher noch nicht festgestellte Zahl Reisender — es dürften 30 sein — schwere Verletzungen erlitten. Das Unglück trat den Ferienabend, der um 1½ Uhr mittags von Czernowitz nach Lemberg abgegangen war. Sechs Waggons des bis auf letzte Plätze besetzten Zuges wurden gänzlich zerstört. Viele Reisende verunglückten, als sie sich durch einen Sprung aus den Waggonfenstern zu retten suchten. Unter den Toten befinden sich der Lokomotivführer und der Geiger. Erst gegen Mitternacht war Hilfe zur Stelle, doch waren wegen der Dunkelheit die Rettungsarbeiten außerordentlich erschwert. Die Aufregung in Lemberg ist ungeheuer, da bis zum heutigen Morgen eine genaue Verlustliste noch immer nicht aufgestellt worden ist. Fort und fort werden Verletzte aus den Trümmern hervorgezogen.

Großfeuer in Konstantinopel. Donnerstag brach im Stadviertel Jeddikule ein Brand aus, durch den etwa hundert Häuser und Kaufläden eingäschert worden sind.

Die Verzeihung eines Vaters wird aus Semlin (Kroatische) gemeldet. Der Steueramtsdiener Nikolaus Lorek erkrankte seine vier Kinder mit der Cholera auf gefährliche Weise. Er ließ sich alsdann mit einem Gewehr in die Brust und Kopf schießen. Lorek war verheiratet und bildete sich ein, daß auch seine Kinder mit dieser Krankheit befallen seien.

Von der Fräuleinacht zur — rohen Tierquälerei. In demselben Tierquälerei hatte sich ein Aussteller in Semlin zu schämen kommen lassen. Es wird darüber geschrieben: Auf einer Geflügelausstellung in der meiningischen Stadt Semlin wurden dem Holzschneider Adolf Krogemann aus Schönbühl Ausstellungspreise für Gähne geschenkt. Da die Preisrichter aber schon böse Erfahrungen gemacht hatten, wurde — nach Bekanntgabe der Urtheile — von dem Hochwürden Untersuchungen auf unzureichende Manipulationen (gefälschte Federn u.) vorgenommen. Als sie diese Vorgehensweise untersuchten, entdeckten sie, daß der Aussteller um für seine fabelhaften Tiere Preise zu erlangen, solche Vögel dem Thierlich eingerügt und diese mit Strecknadeln in dem Hals der armen Tiere befestigt hatte. Solche Vögel waren zur Verbergung der „Stillschwänze“ tierquälerei Vorrichtungen (Häufiger Art an den Ausstellungen) in Semlin getrieben worden. Die Preisrichter stellten Strafantrag gegen ihn wegen Betrugs und Tierquälerei. Das Schöffengericht in Semlin verurteilte Krogemann zu sechs Wochen Gefängnis. In der Berufungsinstanz vor der zweiten Kammer in Meiningen wurde die Strafe, da es sich nach Ansicht der Richter nur um einen Betrugsversuch (!) handelte, auf drei Wochen Gefängnis ermäßigt.

Tollkühnen ramanisches Militär. Offiziere und Soldaten des 24. ungarischen Honved-Infanterieregiments trafen in dem rumanischen Dorfchen Land eine Weigele an. Da zunächst die Vorgänge teils abgelehnt, teils falsch dargestellt wurden, hat der Reichstags-Abgeordnete Dr. Mann an Ort und Stelle Erkundigungen eingeholt. Seine Schilderung der Vorgänge bekräftigt nur die bisherigen Meldungen und ist zugleich eine Kennzeichnung des rumanischen Militärs überhaupt. Manu schreibt: Am 21. August um 9 Uhr morgens, rückte das 24. Honved-Infanterieregiment in Ploesti ein. In der griechisch-katholischen Volksschule wurde die Offiziersmesse infiziert, wo die Offiziere von Mittag bis halb sieben Uhr abends zehnten. Gegen 1½ Uhr nachmittags fand sich die Dorfgemeinde im Hofe des Schulgebäudes zum gewöhnlichen Sonntagsmahl, zum Lärm ein. Es ging ganz gemächlich zu und nach Sonnenuntergang friedlich unter die Lärzer. Um 8 Uhr abends wurde die Straße vor der Schule als Tanzboden benutzt. Gegen 9½ Uhr betrat der Kantor János Barta den Hof der Schule. Eben trat der Hauptmann Jakob aus der Offiziersmesse und schrie, auf Barta zu: „Barta! Barta! Zwei Infanteristen packen den Kantor, auf den der Hauptmann mit Kanonen einzieht; dann schlingen auch die Soldaten auf den Mann los und schoben ihn herum auf die Straße, wo Barta zu Boden fiel. Bei diesem Anblick hörte der Tanz auf; die Soldaten landeten sich von den Tanzenden ab und stellten sich vor der Schule auf, die Bauern auf der anderen Seite der Straße. Man begab sich der Gemeindevater Gregor Guntan und der Dorfrichter Alexander Török zum Tor des Schulgebäudes, um den auf dem Boden liegenden, jämmerlich verzerrten Barta aufzuheben; aber Hauptmann Jakob drückte wieder auf den Mann los, der nochmals niederkam. Auf der Menge schritt jetzt der Bauer János János auf die Kanoniere zu, worauf man jetzt mit der Kanoniere und der Dorfrichter Török, die den János mit Kanonieren vertrieben. Damit schloß die Sache ab. Die schreckliche Barmherzigkeit zog sich zu dem am 30. Schritte entfernten Gemeindevaterhaus zurück, wo man sie haben blieb. Der Gemeindevater redete

Stamm geschick! In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr. In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr.

Der letzte Akt. In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr. In der Nacht zum Sonntag wurde ein ungeheurer Sturm heftig. Die Häuser der Dörfer wurden zerstört, die Menschen in Gefahr.

Der Gemeindevater redete den Leuten zu, nach Hause zu gehen. Diese waren auch hierzu geneigt, antworteten aber, sie fürchteten, auf dem Wege von den plötzlich feindselig auftretenden Soldaten niedergestochen zu werden. Um ihnen zu zeigen, wie unbegründet ihre Furcht sei, nahm der Gemeindevater den Bauern Leonte Cipariu beim Arm und führte ihn über die Straße nach seinem Hause zu. Kaum waren sie jedoch vor der Schule angelangt, so fielen die Soldaten über den Cipariu her; einer verfehlte ihm mit dem Bajonett drei wuchtige Stöße über den Kopf, daß er bewußtlos in den Straßengraben fiel, die anderen verfehlten dem Bewußtlosen Fußtritte. Jetzt wurde Mann gelassen und drei Offiziere mit der Bereitschaft eilten auf das Gemeindevaterhaus zu. Die entsetzte Menge flüchtete in das Wirtshaus, die Soldaten hinterdrein, rechts und links Kolbenstöße austeilend. Auch die Offiziere kamen nach und auf das Jammern des Wirtes, daß ihm alles zertrümmert werde, antworteten sie, er möge alles notieren, der Schaden werde ihm ersetzt werden. Und nun begann das Gemetzel. Die Honvedsoldaten setzten den flüchtenden Dorfbewohner nach, hauend und stechend, wen sie erreichen konnten, Frauen, Kinder und Greise nicht schonend. So kam ihnen auf seinem Fuhrwerk ahnungslos der Bauer János Sonica entgegen; er wurde vom Wagen herabgezerrt und ihm mit einem Streich die Schädeldecke gespalten, daß das Gehirn herausrat. Auch in die Häuser drangen die Soldaten ein, so unter anderem in den Hof des Georg Zerics, dessen Weib sie mit den Bajonetten in die Seite und in den Bauch stachen, desgleichen deren Schwägerin Marie Campian. Beiden Frauen traten die Gedärme heraus. Das waren drei tödlich Verwundete. Außerdem wurden schwer verwundet: Leonte Cipariu, János Borgia, János Brasilorenau, Lia Soacita, Anton Grimie und Pavel Duca. Diesem wurde, als er eben sein niederes Haustor vor den mordgierigen Honveds schließen wollte, über das Tor hinweg ein Bajonettstich in den Kopf verlegt. Leichter verletzt wurden etwa dreißig Personen.

den Leuten zu, nach Hause zu gehen. Diese waren auch hierzu geneigt, antworteten aber, sie fürchteten, auf dem Wege von den plötzlich feindselig auftretenden Soldaten niedergestochen zu werden. Um ihnen zu zeigen, wie unbegründet ihre Furcht sei, nahm der Gemeindevater den Bauern Leonte Cipariu beim Arm und führte ihn über die Straße nach seinem Hause zu. Kaum waren sie jedoch vor der Schule angelangt, so fielen die Soldaten über den Cipariu her; einer verfehlte ihm mit dem Bajonett drei wuchtige Stöße über den Kopf, daß er bewußtlos in den Straßengraben fiel, die anderen verfehlten dem Bewußtlosen Fußtritte. Jetzt wurde Mann gelassen und drei Offiziere mit der Bereitschaft eilten auf das Gemeindevaterhaus zu. Die entsetzte Menge flüchtete in das Wirtshaus, die Soldaten hinterdrein, rechts und links Kolbenstöße austeilend. Auch die Offiziere kamen nach und auf das Jammern des Wirtes, daß ihm alles zertrümmert werde, antworteten sie, er möge alles notieren, der Schaden werde ihm ersetzt werden. Und nun begann das Gemetzel. Die Honvedsoldaten setzten den flüchtenden Dorfbewohner nach, hauend und stechend, wen sie erreichen konnten, Frauen, Kinder und Greise nicht schonend. So kam ihnen auf seinem Fuhrwerk ahnungslos der Bauer János Sonica entgegen; er wurde vom Wagen herabgezerrt und ihm mit einem Streich die Schädeldecke gespalten, daß das Gehirn herausrat. Auch in die Häuser drangen die Soldaten ein, so unter anderem in den Hof des Georg Zerics, dessen Weib sie mit den Bajonetten in die Seite und in den Bauch stachen, desgleichen deren Schwägerin Marie Campian. Beiden Frauen traten die Gedärme heraus. Das waren drei tödlich Verwundete. Außerdem wurden schwer verwundet: Leonte Cipariu, János Borgia, János Brasilorenau, Lia Soacita, Anton Grimie und Pavel Duca. Diesem wurde, als er eben sein niederes Haustor vor den mordgierigen Honveds schließen wollte, über das Tor hinweg ein Bajonettstich in den Kopf verlegt. Leichter verletzt wurden etwa dreißig Personen.

Von Wilhelm II., Karl dem Großen und einem Tapetenmuster. Vor mehr dem Jahresfrist wurde auf Veranlassung Wilhelm II. das Grab Karls des Großen im Dom zu Aachen geöffnet und es wurden die Decken, in die die Gebeine Karls des Großen gewickelt sind, herausgeholt, um ihrer historischen Wertvolle Mühen wegen photographiert zu werden. Die eine Decke zeigte ein Elefantenmuster und gilt als Arbeit byzantinischer Seidenweberei aus dem 11. Jahrhundert, während die andere mutmaßlich durch sarrazenische Seidenwirker, die ihr Kunstgewerbe im 12. und 13. Jahrhundert zu Palermo ausübten, gefertigt wurde. Die Tapetenfirma Winkelman in Leipzig hat nun nach Kopien der Deckenmuster Tapeten herstellen lassen und bringt diese, natürlich zu nicht ganz billigen Preisen, in den Handel. So kam es, daß zwei Kaiser zu wirksamen Förderern des ehrsamten Tapeziergewerbes wurden.

Bürgertafel.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt und Landamt angenommen:

Arbeiter Barg. Kanzlist am Steuerbureau Bauer. Arbeiter Bergest. Bauingenieur bei der Baupolizeibteilung des Polizeiamts Braune. Maschinenstricker Burmeister. Zimmergehilfe Burmeister. Schugmann Dreier. Schmiedegeselle Dehmann. Bureau-Überkontrolleur bei dem Hauptzollamt in Lübeck Engel. Schuhmacher Hepper. Kaufmann Jind. Arbeiter Frank. Handelsmann Grube. Malermeister Harz. In Travemünde. Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter bei der Steuerbehörde Hauentien. Arbeiter Heidmann. Klempnergehilfe Heidmann. Maurergehilfe Helmke. Malermeister Demann. Tapeziergehilfe Heint. Hufner Holz in Schattin. Steuermann Jrg. Metallarbeiter Kauffeld. Arbeiter Kempke. Arbeiter Kiehn in Moising. Arbeiter Klant. Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter bei der Steuerbehörde Kuhlmann. Arbeiter Langfeldt. Arbeiter Lewig. Schuhmachergehilfe Loescher. Arbeiter Luchtemeyer. Katastergeometer Luz. Arbeiter Möller. Oberbeizer Möller. Maler Niehs. Fußbodenarbeiter Niehs in Schattin. Arbeiter Nohl in Moising. Arbeiter Ruch in Genin. Arbeiter Rons. Arbeiter Rothländer. Kaufmann Ruch. Arbeiter Schind. Bootbauer Schlichting in Travemünde. Arbeiter Schmidt. Schlachtergeselle Schmidt. Tischlermeister Schuld in Travemünde. Arbeiter Steiger. Schriftfeger Stindt. Schneider Waal. Vermessungsingenieur Wilde. Geometer Wilke. Händler Wümler. Maler Wohler. Ingenieur Wohlers. Elementarlehrer Woller.

Dieselben haben am 28. August 1907 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktreise vom 7. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,30 Mk., Hafen —, Enten 3—3,25 Mk., Hühner 1,60—2 Mk., Küken Stck. 1,20—1,50, Tauben Stck. 0,50 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Fildgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45—0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Brust Pfd. 1,30 Mk., Tier 7 u. 8 Stck. 60, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karautischen Pfd. 80 Pfg., Hecht Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90—1 Mk., Deringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, b. Kopf 0,15—0,30 Mk., Keffel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirichen Pfd. 20 Pfg., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pfg., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend, Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pfg. — Schleis Pfd. 1,50—1,80 Mk., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Getreidepreise. Lübeck, 7. Septbr.

Weizen, 112—128 Pfd. holl. 180—205 Mk., Roggen neuer 115—124 Pfd. holl. 170—192 Mk., Safer nach Qualität neuer 124—180 Mk., alter 200—205 Mk., hochrein alter Rottz Gerste, nach Qualität 165—175 per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt

7. September.

Der Schweinehandel verlief flau. Zugeschrieben wurden 1876 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 61—62 Mk., leichte — 62 Mk., Sauen 54—58 Mk. und Ferkel 57—60 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“